

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimargebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Gemüts- und Frauenbeilage“ „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Volkspost“ Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 28. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontos: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postkontogewellschaft, Postfach 100 100

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonparavergeltung 0,70 Goldmark, Reflektierung 1, — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das feinstbedruckte Wort 0,20 Goldmark (außerdem zwei feinstbedruckte Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,20 Goldmark. Eine Goldmark — ein Zeiler gerechnet nach 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3 abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Scheidemann im Berliner Wahlkampf.

Zwei überfüllte Versammlungen in Schöneberg.

In zwei überfüllten Versammlungen sprach am Donnerstagabend Genosse Scheidemann zu Berliner Wählern. Die Aula der „Hohenzollernschule“ in Schöneberg, wohin die Versammlung einberufen war, war schon vor Beginn der Versammlung so überfüllt, daß eine Parallelversammlung veranstaltet werden mußte. Auch sie war bald überfüllt.

Die padenden und volkstümlichen Darlegungen des von der Reaktion besonders gehähten Redners wurden von den Versammelten mit jubelndem Beifall aufgenommen. Besonders sein Aufruf zur Pflichtenfüllung bis zum letzten fand stürmischen und begeisterten Widerhall.

Genosse Scheidemann führte etwa folgendes aus:

Die bevorstehende Wahl ist viel bedeutungsvoller als Bah'en, die in früheren Jahrzehnten stattgefunden haben. Sind wir doch in der Lage, heute Vergleiche ziehen zu können und das genau zu untersuchen, welche Wahlergebnisse vor dem 4. Mai gemacht wurden. Im neuen Reichstag werden wichtige Fragen zu lösen sein. Die Volkserziehung muß sich darüber schüligen werden, wie das Rentenwesen ausgestaltet werden soll. Sie muß Lohn- und Arbeitszeifragen lösen. Weiter stehen die Fragen der Aufwertungen, der Justizpflege usw. zur Debatte. Wenn wir auch anerkennen, daß diese Fragen sehr wichtig sind, so gibt es doch für uns im Augenblick nur eine Kernfrage und die lautet:

Soll die Republik leben oder soll sie zugrunde gehen?

(Stürmischer Beifall.) Was uns bei diesem Wahlkampf besonders auffällt, ist, daß die Parteien der Rechten förmlich in Patrionismus waten. Vor allem tut sich hier die Deutschnationale Volkspartei hervor, diese Partei, die weder deutsch noch national ist. Das deutsche Volk ist schon seit jeher mit dem Joch der Zmieltraat belastet. Immer wieder sehen wir, wie Deutsche gegen Deutsche kämpfen und das eigentliche Nationalbewußtsein ganz fehlt. Warum konnte das deutsche Volk nicht einig werden? Es muß immer wieder gesagt werden, daß gerade die deutschen Fürsten schäbige Beispiele von Nationalbewußtsein lieferten. Kein Geringerer als der Geschichtsschreiber Treitschke hat uns hinterlassen, daß deutsche Fürsten in Paris beim fremden Machthaber

um Länderschen bestellten.

Es ist notwendig, immer wieder geschichtliche Beispiele anzuführen. Mit dem deutschen Volke wurde schon von jeher Schindluder getrieben und es ist eine beklammende Tatsache, daß noch heute Bayern keine Weismwürste extra kochen muß. (Stürmische Zustimmung.) Aber auch die Uneinigkeit der Arbeiterklasse hat viel zur Behinderung der deutschen Einheit beigetragen. Wie weit wären wir heute, wenn am 9. November 1918 eine einige Arbeiterklasse vorhanden gewesen wäre! (Beifall)

Die Gegenwart erinnert in manchem an die Zeit nach dem Krieg von 1870. Auch damals verstanden es gewisse Kreise, viel Geld zu verdienen. Das Großkapital schloß sich zusammen. Krautjunker und Schlotbarone, die auch die Taschen voll hatten, haben sich einander schmel an, bis sie merkten, daß ihre Macht wachsen würde, wenn sie sich vereinigten. Und sie bildeten einen Block im Reichstag, der bemüht war, alle diejenigen, die nichts „verdient“ hatten, von sich abzuhalten.

Das war nach einem gewonnenen Krieg.

Heute liegen die Dinge so, daß der Bürgerblock bemüht ist, nach einem verlorenen Kriege alle Belastungen von sich fernzuhalten.

Deutschlands Untergang dokiert seit dem Amtsantritt Wilhelms II. kaum sichtbar, doch allmählich, gingen wir dem Ruin entgegen. Dieser Mann, der da dachtete, komponierte und telegraphierte, war gar nicht in der Lage, ein Sechzigmillionennolk zu beherrschen, und er bedeutete für die ganze Welt eine Gefahr. Ist es da verwunderlich, daß wir 1914 eine Welt voll Feinden gegen uns hatten. Wir kamen in den Krieg nicht als die Kleinschuldigen. Aber wir müssen uns auch dagegen wehren, daß gewisse Kreise mehr denn je bemüht sind, zu behaupten, Deutschland allein sei am Kriege unschuldig. Schon drei Zeilen von Wilhelms Randbemerkungen, die jetzt immer mehr in die Öffentlichkeit kommen, würden die Behauptungen der Deutschnationalen sofort als ein Nichts erscheinen lassen. Als die Sozialdemokraten schon 1915 versuchten, einen Frieden der Verständigung herbeizuführen, den sogenannten Scheidemann-Frieden, tauchten plötzlich die bekannten sechs mächtigen Wirtschaftsorganisationen auf und gaben die Parole aus: keine vorzeitigen Frieden! Das heißt, man wolle nicht eher Frieden machen, als bis Belgien deutsch wäre. Das verfehlte seine Wirkung im Auslande nicht und machte nun erst recht alles gegen uns mobil. Und so kam das, was kommen mußte. Der Krieg nahm ein

Ende mit dem Dolchstoß, den Ludendorff geführt hat.

(Stürmische Zustimmung.) Immer wieder muß es gesagt werden, daß es Ludendorff war, der kurz vor dem Zusammenbruch die Worte sagte: „Heute noch steht die Front. Ob sie in 48 Stunden noch zu finden sein wird, ist fraglich. Frieden um jeden Preis.“ Der Zusammenbruch kam. Ludendorff trat in den Streik, d. h. er nahm eine blaue Brille und fuhr nach Schweden. Beschämend ist es für uns, daß derselbe General, der jahrelang über Millionen Menschen

leben verfügen konnte, heute wieder öffentlich auftreten kann. Ja, er führt sogar eine Reichstagsaktion, in der u. a. noch 16 Offiziere, davon 11 notorische Kriegsdrücker, die niemals das feindliche Pulver gerochen haben, sitzen. 1919 hat Ludendorff das deutsche Volk beschimpft. Seine rechte Hand, der lautmächtig bekannte Oberst Bauer, ging aber noch weiter und sand entehrende Worte für die Frauen. (Stürmische Psuulue.) Heute nennen sich die Leute vom Schloge Ludendorffs völkisch. Einen einheitlichen Parteinamen besitzen sie jedoch nicht mehr, da sie sich in hundertso viel Gruppen und Grüppchen gespalten haben. Das beste wäre, man nennt sie kurzweg

die politischen Lindströmer.

Kampf gegen die Erfüllungspolitik ist ihre Parole und die der Deutschnationalen. Aber wie sieht es damit aus? Immer wieder reden diese Leute, wenn sie ans Ruder kämen, würden sie das deutsche Volk ohne Erfüllungspolitik befreien. Das ist glatter Schwindel. Als Helferrich sich einmal näher darüber auslassen sollte, wie er sich diese Befreiung vorstelle, vermachte er nur ausweichende Antworten zu geben. In Guno hatten die Deutschnationalen den rechten Mann gefunden. Wir erleben die Ruhrbesetzung und eine Inflation, die namenloses Unglück über das deutsche Volk gebracht hat. Diese Leute, die diese Inflation auf Grund ihrer wahnhaften Politik herbeigeführt haben, scheuen sich nicht, jetzt zu sagen: Wer die Aufwertung haben will, müsse rechts wählen.

Dank der Politik der Deutschnationalen wurde ein Volk an den Bettelstab gebracht.

Doch soll es auch Leute gegeben haben, die hierbei nicht zu kurz gekommen sind. Da ist vor allem Dingen die Landwirtschaft, die ihre Schulden leicht mit Papiermark begleichen konnte. Der vorangegangene Reichstag konnte keine gedrückte Arbeit leisten. Genosse Scheidemann schilderte unter stürmischer Heiterkeit seiner Hörer die Komödie, die bei der Abstimmung über die Dawes-Gebühre von den Deutschnationalen aufgeführt wurde. Vor dem 4. Mai hieß es bei den Deutschnationalen und Völkischen: „Ablehnen auf jeden Fall.“ Und am 29. August, nur um vier Ministerstühle zu erschaffen, wurden 50 Proz. der deutschnationalen Fraktion in den Kabinettskommandiert. Niemand hat sich bei einer Partei ein schamloseres Verhalten gezeigt, als bei den Deutschnationalen, bei denen Lieberzeugung eine Frage des Geschäfts ist. Einen Bürgerblock wollen sie schaffen, der natürlich nur eine Politik zugunsten der Schlotbarone und Krautjunker treiben soll.

Am 7. Dezember muß gründliche Abrechnung gehalten werden. Viele wichtige Fragen harren der Erledigung. Justiz- und Schulfragen bedürfen dringend einer Neuordnung. In diesem Zusammenhang kam Genosse Scheidemann noch auf die Justizfälle Rathusius und Fehenbach zu sprechen. Dieselben Leute, die so sehr über die Verhaftung des Generals Rathusius Wärm schlugen, finden keine Worte für den unschuldig im Zuchthaus stehenden Fehenbach. Aber es handelt sich nicht nur um Fehenbach, sondern auch um Ludendorff, der freigesprochen wurde. Wenn wir diese verschiedenen Urteile an uns vorüberziehen lassen, so muß gesagt werden, daß der Grundsatz: Der Richter ist unantastbar, nicht länger aufrechterhalten werden kann.

Jeder hat seinen Mann zu stehen. In Süd und Ost herrscht bei den Arbeitern solche Kampfeslust und Stoenegewißheit. Denken wir daran, daß es am 7. Dezember um Sein oder Nichtsein der Republik geht. Auf zum rücksichtslosen Kampf gegen die Reaktion. (Vanganhaltender Beifall.)

Wilhelms Sorgen.

„Ich gehe, aber gebt mir meine Millionen wieder!“

Man hat Wilhelm II. öfter einen Romantiker genannt. In Wirklichkeit ist er aber ein nüchternen Geschäftsmann, der die Umficht des guten Familienvaters auch in den kritischsten Momenten nicht verliert. Rannher Fürst, der seinen Thron eingebüßt hat, glaubte den Verlust nicht überleben zu können und Leendete sein Dasein an dem gleichen Tag, an dem er aus dem Beruf des Monarchen ausschied; wenigstens hat sich dies im Altertum und im Mittelalter mitunter zugestogen.

Als jedoch Wilhelm II. dem Rat der Volksbeauftragten seine Demission überlieferte, fügte er der feierlichen Erklärung folgenden Bogleiftschreiben bei:

28. 11. 18.

Ich habe meinen Thronverzicht in der von der Regierung vorgeschlagenen Form vollzogen. Ich spreche dabei die bestimmte Erwartung aus, daß die Regierung gemäß ihrer früheren Kundgebung mein und meiner Familie Vermögen freigibt und auch den uneingeschränkten Schutz von Leben, Ehre und Eigentum der gesamten königlichen Familie gewährt.

Wilhelm.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß der Mann, der dem Tod auf dem Schlachtfeld die Flucht nach Holland vorzog, mit diesem Schreiben einen neuen Beweis dafür erbracht hat, wie tief er von der Wahrheit des Grundsatzes durchdrungen ist: Kibel muß die Welt zugrunde gehen!

Staatsbank — Kutischer.

Der Prüfungsbericht des preussischen Finanzministers.

Die Beziehungen des in die Schieberaffäre Holzmann-Bartels verwickelten früheren Generaldirektors der Firma E. v. Stein, Kutischer, zur Preussischen Staatsbank haben in der Öffentlichkeit lebhaftes Aufsehen erregt. Kutischer hatte in einem ungewöhnlich hohen Umfange sein Konto bei der Staatsbank in Anspruch genommen. Diese hat, als sie merkte, daß ihr Kunde unsicher war, verhindern wollen, daß er ganz zahlungsunfähig wurde, und daher in ungewöhnlichem Umfange Wechsel übernommen, für die keine ausreichende Deckung vorhanden zu sein scheint. Die Frage, ob die Staatsbank korrekt verfahren ist oder ob sie durch eine zu weitgehende Kreditgewährung unter Außerachtlassung der nötigen Vorsichtsmaßnahmen das Staatsinstitut gefährdet hat, wurde nun von der aufsichtführenden Behörde, dem preussischen Finanzministerium einer Nachprüfung unterzogen. Preussischer Finanzminister ist bekanntlich der volksparteiliche Dr. v. Richter. Ueber das bisherige Ergebnis der vom preussischen Finanzminister angeordneten Nachprüfung der fraglichen Kreditgeschäfte der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) wird nun amtlich folgendes mitgeteilt:

Die Geschäftsverbindung mit der Bankfirma E. v. Stein & Co. (Generaldirektor Iwan Kutischer) wurde am 5. Oktober 1923 eröffnet. Die Auslastung einer bisherigen Bankverbindung Kutiskers lautete dahin, daß er keine Verbindlichkeiten regelmäßig abgewickelt habe. Es wurden zunächst nur Wertpapiere nach den üblichen strengen Deckungsvorschriften der Staatsbank besichert. Als im Dezember auch Wechselkommandirede in Frage kamen, wurde weitere Auskunft über die Stein-Bank eingezogen. Danach erseute sich die Firma guten Rufes; nachträglich über die Erledigung ihrer Verbindlichkeiten war nicht bekannt geworden. Entgegenstehendes ist auch sonst, insbesondere auf der Börse, damals nicht zur Kenntnis der Staatsbank gelangt. Es sind der Stein-Bank bis zum Februar 1924 Lombardkredite von insgesamt etwa 3,7 Millionen Goldmark gewährt worden. Doreben bestand eine durch in Depot genommene Wertpapiere gebildete Kautelforrentschuld von etwa 800 000 M. Am 22. Februar wurde eine Neuordnung des Kreditverhältnisses dahingetreffen, daß der Stein-Bank auf Grund der als vorhanden angenommenen bankmäßigen Deckung der Lombardkredit, und zwar in Höhe von 4,2 Millionen Mark, um drei Monate verlängert wurde, wogegen die Stein-Bank das Hanauer Lager als Zusatzdeckung zur Verfügung stellte mit der Abrede, daß die Hälfte des 4,2 Millionen Mark übersteigenden Verkaufserlöses für das Lager der Preussischen Staatsbank zuzuführen sollte. In der Folgezeit entstanden weitere Belastungen des Schuldentinos der Stein-Bank dadurch, daß mit drei Unterschriften versehenen Wechsel bis zum April diskontiert und lombardiert wurden und daß ein Teil der diskontierten Wechsel am Verfalltage nicht eingelöst werden konnte und der Stein-Bank zur Last geschrieben werden mußte. Ende April war das Hebel-Saldo des Bankhauses E. v. Stein so auf 12,6 Millionen Mark angewachsen. Durch aufzunehmende Zinsen und kleinere Abkündigungskredite für das Hanauer Lager erhöhte sich die Gesamtschuldsumme bis zum Oktober auf rund 14 Millionen Mark. Seit Mai wurden bei Prolongation der Wechselschulden weitere Zusatzsicherheiten in Gestalt von Goldhypotheken und anderen Vermögenswerten herangezogen. Ob und inwieweit die gesamten Sicherheiten bei ruhiger Abwicklung des Geschäfts, die Ende Oktober der Industrie-Verwaltungs-A.G. übertragen worden ist, zur Deckung der Forderungen der Staatsbank ausreichen werden, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Die Qualität der auf den verschiedenen Wechseln stehenden Unterschriften wird noch geprüft. Es sei jedoch schon jetzt bemerkt, daß sich auf diesen Wechseln nicht nur Unterschriften von Firmen, die von Kutischer abhängen, befinden und daß Nachrichten, wie die, im April habe die Staatsbank einen Wechsel der Mechanischen Treibriemen-A.G. in Höhe von 5 Millionen Mark angenommen, unzutreffend sind. Die Höhe der einzelnen Wechsel betrug nur in einem Falle 1 Million Mark; dieser Wechsel ist pünktlich eingelöst worden. Im übrigen überschritt die Höhe der einzelnen Wechsel in keinem Falle den Betrag von 500 000 M. Auch der Wert der Hanauer Lagerbestände bedarf noch der Nachprüfung; eine in der Hand der Staatsbank befindliche amtliche Lage vom Sommer d. V. gibt den Wert des größeren Teiles der Lagerbestände auf 3 Millionen Mark an.

Für die Richtigkeit der Behauptung, daß einzelnen Persönlichkeiten der Staatsbank strafbare oder ehrenrührige Handlungen zum Vorwurf zu machen sind, hat sich bisher keinerlei Anhalt ergeben. Infolge gewisser Verstöße gegen die Kontrollvorschriften in der Lombardabteilung der Staatsbank, die im Sommer aufgedeckt wurden, hat sich nachträglich herausgestellt, daß die bei Gewährung der Kredite vorausgesetzte Lombarddeckung nicht in dem angenommenen Umfange vorhanden gewesen ist. Die drei hierfür verantwortlichen Persönlichkeiten sind bereits am 1. August 1924 aus dem Dienst der Staatsbank entfernt worden.

Auf Grund des gegenwärtigen Standes der Ermittlungen kann hernach folgendes gesagt werden:

1. Die vorstehend dargestellte Geschäftsverbindung mit dem von Kutischer beherrschten Bankinstitut muß für ein Institut wie die Preussische Staatsbank als unerwünscht bezeichnet werden.

Die Generalaktion der Staatsbank hat schon im Frühjahr d. J. im Zusammenhange mit der Kreditrestriktionspolitik der Reichsbank dafür Sorge getragen, daß bei der Annahme neuer Kunden mit besonderer Vorsicht verfahren und die Höhe der einzelnen Kunden gewährten Kredite in angemessenen Grenzen gehalten wird.

2. Der Vorwurf, daß die Kredite an die Stein-Bank in einer Zeit gegeben worden seien, wo andere Kreditfuchende nichts erhalten konnten, ist nicht begründet. In der allen in Frage kommenden Zeit bis April d. J. verfügte die Preussische Staatsbank über verhältnismäßig große Mittel, so daß den an sie herantretenden Kreditprüfern regelmäßig stattgegeben werden konnte, falls die Kreditfuchenden geeignete Unterlagen stellen konnten und falls nicht etwa an einzelnen Tagen die geldliche Lage die Gewährung des Kredites in der beantragten Höhe nicht gestattete.

Zu der in einem Teil der Presse gebrachten Mitteilung, die Preussische Staatsbank habe sich bei der Staatsanwaltschaft für die Freilassung des verhafteten Rutsker eingesetzt, ist folgendes festzustellen: Als Rutsker verhaftet war, händigte Anfang Oktober d. J. die Staatsbank, die als Hauptgläubigerin an der Aufrechterhaltung des Betriebes der Stein-Bank ein geschäftliches Interesse habe, dem Verteidiger Rutskers eine Bescheinigung des Inhalts aus, daß nach ihrer Kenntnis die übrigen zeichnungsberechtigten Herren der Stein-Bank über die Geschäfte der Bank und über die Situation der von der Stein-Bank abhängigen gewerblichen Betriebe nicht in dem Maße unterrichtet seien, daß bei längerem Fehlen des Herrn Ivan Rutsker eine Fortführung der Geschäfte überhaupt möglich wäre.

Ueber die in der Dessenitätlichkeit sonst bearbeiteten einzelnen Fälle von angeblich zu weitgehenden Kreditgewährungen verbietet das Bankgeheimnis die Mitteilung von Einzelheiten. Nur sozial kann gesagt werden, daß die genannten Zahlen weit übertrieben sind und daß die Behauptung, den Michael-Ronzern seien ungebedeckte Kredite in Höhe von 24 Millionen Mark oder überhaupt ungebedeckte Kredite gewährt worden, nicht zutrifft. Zu den sonst noch genannten beiden kleineren Fällen, in denen die Schuldner noch Zeitungsnachrichten sich ins Ausland entsetzt haben, wird bemerkt, daß Deckung in dem anderen Falle infolge der bereits erwähnten Verträge in der Bombardierung nicht als voll angesehen werden kann.

Ein abschließendes Urteil ist erst nach völliger Klärung der gesamten Sachlage, die naturgemäß noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, möglich.

Soweit der amtliche Bericht. In einem wichtigen Punkte bestätigt er, daß Inkorrektheiten bei der Staatsbank vorgekommen sind, indem man die Kontrollvorschriften nicht sorgfältig genug innegehalten oder überwacht hat. Die ganze Fassung des Berichtes läßt darauf schließen, daß die Staatsbank aus diesen unvorsichtigen Geschäften Verluste zu erwarten hat. Wen trifft nun dafür die Verantwortung? Diese Frage ist von um so größerem Interesse als die reaktionäre Presse unter Verleugnung einfachster Tatsachen die Schuld für die Vorkommnisse den sozialdemokratischen Mitgliedern des Preußenministeriums in die Schuhe schieben möchte.

Wollte man die Aufsichtsbehörde dafür verantwortlich machen, so müßte man sich schon bei dem volksparteilichen Dr. v. Richter melden. Wir lassen es dahingestellt, ob man einem Finanzminister zuwuten kann, daß er in alle Konten der von ihm beaufsichtigten Bank fortlaufend Einsicht nimmt. Festgestellt muß jedoch werden, daß nur er und kein Sozialdemokrat in Betracht kommt, wenn man, wie es die Reaktionen verlangen, den Minister für jede Einzelheit verantwortlich machen will.

Die wirklich Schuldigen aber sind nicht außerhalb, sondern innerhalb der Bank zu suchen. Wir möchten wünschen, daß auch die nähere Nachprüfung der Verhältnisse bei der Seehandlung die Feststellung berechtigt erscheinen läßt, kein Beamter habe sich eine ehrenrührige Handlungsweise zuschulden kommen lassen. Daß aber der Verlust von Millionen ein Beweis für eine besondere Verschwendung der Staatsbankleiter ist, wird wohl nicht gut bestritten werden können.

Können. Nun setzt sich das Direktorium der Preussischen Staatsbank ausschließlich zusammen aus Beamten des kaiserlichen Deutschland! Sein jetziger Präsident, der nur teilweise für die Transaktionen von Rutsker verantwortlich gemacht werden kann, ist der Staatssekretär Dr. Schröder, dessen „nationale Tüchtigkeit“ noch von keinem angezweifelt worden ist. Noch weniger gilt das für seinen Vorgänger Erzengel v. Dombos. Aber auch in dem übrigen Beamtenstabe findet sich kein einziger, der erst von der Republik für diesen Posten bestimmt worden wäre. Die Verluste der Staatsbank sind so ein Beweis für die Unmöglichkeit, ein so großes Institut mit bürokratischen Beamten zu besetzen, die vor schweren finanzpolitischen Aufgaben vollkommen versagen müssen. Welcher Geist übrigens im Direktorium der Staatsbank herrscht, das ging auch aus dem Verhalten ihres Direktors Bergmann hervor, der auftragsmäßig die Geschäftsgebarung der deutschnational geleiteten Ostpreussischen Landeskreditbank zu unteruchen hatte. Dieser Staatsbankdirektor hielt es für geboten, seine angeblich negativen Untersuchungsergebnisse dem beschuldigten Landeshauptmann brüderlich mitzuteilen, bevor der amtliche Bericht überhaupt an das preussische Staatsministerium gelangte. Die Folge war, daß der der mangelnden Aufsicht beschuldigte Landeshauptmann in der konservativen Presse Ostpreußens lange Erklärungen auf Grund der Mitteilungen dieses Staatsbankdirektors veröffentlichten konnte mit dem Ziel, die preussische Regierung vor der Dessenitätlichkeit herabzusetzen.

Es sind also die Früchte des alten Systems, der schwarzweißroten „Fachbeamtenwirtschaft“, die hier zutage treten. Die Republik hat höchstens den Fehler begangen, daß sie gegenüber der notwendigen Reinigung solcher Ämter sich zu sehr von Rücksichtnahme auf das alte Beamtentum hat leiten lassen. Die Republik war eben zu anständig — der Fall Rutsker aber, soweit die Seehandlung in Betracht kommt, ist ausschließlich ein Verdienst reaktionärer Beamtenwirtschaft, wie sie uns der Bürgerblock wieder beschere soll!

Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot Die Vernunft marschiert.

Der frühere Gouverneur von Kiautschou, Admiral v. Truppel, hat sich bereit erklärt, für die demokratische Partei zu sprechen. Es war vorauszu sehen, daß die deutschnationalen Presse aus diesem Anlaß über den Admiral herfallen würde. Das Bekenntnis der Generale v. Schönau und v. Deimling zur Republik und zu den Farben der Republik hat der monarchistischen Bewegung einen schweren Stoß versetzt. Vergebens unternahm die schwarzweißrote Presse den Versuch, den Stoß dadurch zu parieren, indem sie ihre verleumderischen und schmutzigen Methoden auf die Generale anwandte. Um so härter trifft es die vereinigten Reaktionen, wenn sich kurz vor den Wahlen nun auch ein verdienter Offizier wie Admiral v. Truppel zum heutigen Staat bekennt. Vorläufig begnügt sich die deutschnationalen Presse damit, einen Brief zu veröffentlichen, den „zahlreiche ehemalige Marineoffiziere“ an den Admiral gerichtet haben. Das Schreiben lautet:

„Die in Mannheim und Umgegend zahlreich ansässigen ehemaligen Marineoffiziere nahmen mit tiefstem Bedauern von Ihrer Absicht, bei der Deutsch-Demokratischen Partei zu sprechen, Kenntnis. Wir wollen nicht mit Ihnen darüber rechten, ob Sie Monarchist oder Republikaner und Demokrat sind. Aber eines ist für uns alle unerschütterlich, daß ein Seeoffizier, dem die Bedeutung der Flagge im Ausland bekannt sein muß, der außerdem jahrelang Gouverneur eines Schutzgebietes war, nimmermehr unter der Flagge Schwarz-Rot-Gold sprechen kann. Der Flaggenwechsel wird von vielen Millionen Deutschen als eine Schande empfunden, die wir uns zugestehen haben, und Sie, Herr Admiral, stehen nunmehr in der Reihe derjenigen, ohne deren Zustimmung der Flaggenwechsel nicht möglich gewesen wäre.“

Ihre ehemaligen Kameraden wenden sich von Ihnen ab.“ Da das Schreiben keine Unterschrift trägt, bleibt es unbekannt, wer sich hinter dem Pseudonym der „zahlreichen ehe-

maligen Marineoffiziere“ versteckt. Ganz klar geht aber aus dem Schriftstück der geradezu deutliche Mangel an Logik hervor, der dem Briefschreiber die Feder in die Hand drückt. Die schwarzrotgoldene Fahne ist im Gegensatz zu den schwarzweißroten Farben der Monarchie das Symbol der Republik. Diese Farben sind nicht schlechter als die schwarzweißroten. Sie haben als die Farben des alten deutschen Reiches eine jahrhundertlange, sehr ehrenhafte Tradition. Wer also diese Farben als solche beschimpft, verrät damit entweder einen katastrophalen Mangel an Kenntnis der deutschen Geschichte oder beschimpft die deutsche Vergangenheit. Da der Beauftragte der „zahlreichen ehemaligen Marineoffiziere“ ausdrücklich verneint, der republikanischen oder demokratischen Gesinnung des Admirals zu nahe treten zu wollen, attestiert er damit sich selbst, daß er entweder ein Ignorant oder ein Verächter der deutschen Vergangenheit ist. Ehrenwert, sehr ehrenwert und sehr deutschnational.

Es wäre der deutschnationalen Presse im monarchistischen Interesse anzuzurufen, ihren Kampf gegen Offiziere, die die Bedeutung der Weimarer Verfassung besser zu schätzen wissen als sie, einzustellen. Es ist ja anzuerkennen, daß sie sich im allgemeinen mit der endlosen Wiederholung von Lügen, Verleumdungen und Schimpfereien begnügt, aber wenn sie einmal versucht, sachlich zu werden, gibt sie sich derart empfindliche Verluste, daß auch ein Hund davonlaufen muß. Es ist unschwer abzusehen, wohin diese Verteidiger der Monarchie den monarchistischen Karren fahren werden.

Bach und Potsdam.

Ein Schreiben des Ministers Severing.

Der preussische Minister des Innern, Gen. Severing, hat an den Oberbürgermeister von Potsdam, Dr. Kaufher, folgendes Schreiben gerichtet:

„Anlässlich des Auftretens des französischen Professors Bach in Potsdam am 6. Oktober d. J. sowie des ferneren in der — übrigens irrigen — Annahme der geplanten Wiederholung einer ähnlichen Veranstaltung haben Sie, Herr Oberbürgermeister, es für gut befunden, sich namens des Magistrats der Stadt Potsdam wiederholt telegraphisch und schriftlich, ungeachtet meiner alleinigen Zuständigkeit, mit Vorstellungen und Warnungen, auch unmittelbar an verschiedene Behörden des Reiches zu wenden.“

„Ich schon im allgemeinen der unmittelbare Verkehr nachgeordneter Behörden mit Behörden des Reiches nicht zulässig, so vermag ich in den vorliegenden Fällen Ihr Vorgehen um so weniger ungerügt zu lassen, als der Zweck Ihrer Eingabe offensichtlich der war, auf meiner Entschließung beruhende Maßnahmen der Polizeiverwaltung zu beanstanden und über bereits getroffene oder erwartete Entschlüsse der preussischen Zentralbehörde bei Reichsbehörden Vorstellungen zu erheben. Abgesehen davon, daß dieses Vorgehen im vorliegenden Falle geeignet war, bei den angegangenen Reichsstellen unrichtige Auffassungen über die politische und polizeiliche Lage hervorzurufen und damit unnötige Beunruhigung zu schaffen, läßt ein solches Verhalten durchaus die gebotene Zurückhaltung und notwendige Einordnung in den Behördenapparat in bedauerlichem Maße vermissen.“

Für dieses Verhalten spreche ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, meine Mißbilligung aus und erwarre, daß Sie in künftigen Fällen es an der notwendigen Einordnung in den Behördenapparat nicht fehlen lassen werden.“

gez. Severing.“

Oberbürgermeister Dr. Kaufher gehört offenbar zu jenen Einwohnern Potsdams, die von dem Geist Friedrichs II. keinen Hauch verspürt haben. Friedrich II. forderte von sich und anderen Duldsamkeit und Disziplin. Oberbürgermeister Kaufher ist unduldsam gegen Andersdenkende und duldsam nur gegen sich, sonst hätte er sich nicht eine so sinn- und zwecklose Disziplinlosigkeit zuschulden kommen lassen können. Aber es gibt Leute, die so etwas für „national“ halten.

Die Feuertaufe.

Eine Erinnerung aus dem November 1914.

Von Hubert Pastori.

Am einem trübem, frostigen Novembervormtag brach das Bataillon aus dem kleinen Grenzstädtchen in der Richtung nach der polnischen Grenze auf. In den ersten Vormittagsstunden wurde bei dem verlassenem Zollhäuschen die Grenze überschritten. Es war eine erst vor kurzem zusammengebaute Ertragsformation aus lauter ungedienten, schnell ausgebildeten Deutschen, die noch kein Gefecht mitgemacht hatten. Die Truppe war singend aus der Stadt gezogen, und die Mannschaften hatten auch jetzt, als sie wortlos einem ungewissen Schicksal entgegenmarschierten, noch kaum eine Vorstellung von einer unmittelbar drohenden Gefahr. Solange man noch in der Gruppentafel blieb, war auch wohl an einen Zusammenstoß mit den Russen nicht zu denken. Der Führer der ersten Kompanie, ein obdiler Reserveoberleutnant mit dem Einblas im roten, verlebten, herausfordernden Gesicht, ritt auf seinen Deuten hin und her, rügte bei einigen die schlappe Gewehrhaltung und schmauchte einen älteren Erfahrungsveteranen an, weil er Schnürschuhe trug. Als der Mann sich mit dem Hinweis auf wundgeleitene Füße entschuldigte, brüllte ihn der Oberleutnant an: „Verdammt Schweineerei, Sie wollen wohl im Morast stehen bleiben? Ich werde Ihnen das noch ansprechen, Sie Laufesümmel!“

Die tief ausgefahrene Landstraße führte durch ein endlos des Flachland. An der einen Seite zog sich ein frisch aufgeworfener Sturzwand entlang. Am Horizont drehten sich die Flügel einer Windmühle, ein Bild von stiller Friedlichkeit. Aber mit einem Male blieben die Windmühlensügel stehen. Und nach einer Weile wurde ein Mann von einigen Soldaten mit aufgespielttem Bajonet an der Marschkolonne vorbeigeführt. Das Gesicht durchlöcherter Truppe, der Müller habe mit seiner Mühle den Russen das Herannahen des Feindes angezeigt und solle dafür erschossen werden. Ein unbescholtenes Gefühl stieg in einzelnen Deuten auf. Der Oberleutnant war inzwischen abgesehen und ging hinter dem Zuge her.

Da kam plötzlich von den Zugführern des Kommando „Ausmarschieren!“ Die Mannschaften stoben wie ein aufgeschwungener Müllenschwamm auseinander, und eine breite Schützenlinie bewegte sich langsam über den Sturzwand. Im nächsten Augenblick fuhr ein Heulen und Pfeifen durch die Luft, und 50 Meter von der Schützenlinie entfernt spritzte die breite Feuerwalde einer Granate über die aufgestellten Wärfel. Da warf sich alles, ohne noch ein Kommando abzuwarten, statt auf den Erdboden und suchte mit den kleinen Spaten eine dürftige Deckung vor sich aufzuwerfen. Der Oberleutnant verlor sich hinter einem Feldstein und winkte die beiden ihm am nächsten stehenden Leute zu sich heran, um sich einhüllen zu lassen. Ein Betroffener schrie auf, wimmerte und stöhnte.

„Sei ruhig, mein Junge,“ redete ihm der Oberleutnant zu, „die Sanitäter werden dich gleich forttragen.“

Eine Viertelstunde lang, die den Dastiegenden wie eine Ewigkeit erschien, prasselte ein Hagel von Granaten und Schrapnells dicht vor der Schützenlinie nieder. Der Feind feuerte aus einer unsichtbaren Verborgenheit. Wenn er sich erst eingeschossen hatte, konnte er schnell mit der ganzen Schützenlinie aufräumen. Kalte Schauer durchzuckten die Mannschaften, die einem unangreifbaren Gegner wie wehrlose Schlachtopfer preisgegeben waren. Als endlich eine kleine Pause eintrat und leise das Kommando „Sprung auf! Marsch, marsch!“ gegeben wurde, sprangen alle wie erlöst auf und rannten auf eine ein paar hundert Meter entfernte Scheune zu, die zunächst wohl der Kompagnie Deckung bieten mochte.

Man sammelte sich und bläute umher, um Vermisste festzustellen. Der Oberleutnant machte boshafte Bemerkungen über einige Leute, die ihm als schlechte Fußgänger bekannt waren, die jetzt so schön hätten laufen können. Die Kompagnie hatte zwei tote und eine Anzahl Verwundeter zu beklagen. Das ganze Bataillon, das so leichtfertig dem Feinde entgegengeführt worden war, hatte innerhalb der einen Viertelstunde fünfzig Mann verloren, ohne selbst einen Schuß abgegeben zu haben.

Unmählich hatte die deutsche Artillerie den Gegner gefunden und brachte die russische Batterie schließlich zum Schweigen. So konnten die Leute hinter der Scheune endlich den Weitermarsch antreten. Der Oberleutnant suchte die bedrückten und verbissenen Gemüter durch ein paar tönende Phrasen über die „ehrenvoll bestandene Feuertaufe“ aufzumuntern. Als er einen Mann die beim Hinwerfen auf den Sturzwand zerbrochene Brille wegwerfen sah, fragte er ihn, ob er keine Reservebrille habe. Der Mann verneinte das. Da herrschte ihn der Oberleutnant an: „Ach, Sie dachten wohl, Sie würden jetzt zurückgeschickt, um sich eine neue Brille verpassen zu lassen? Diese Drückerbergergelüste schlagen Sie sich nur aus dem Kopf! Sehen Sie mich an! Ich habe ständig drei Monokel und zwei Brillen bei mir. Da kann ich niemals in Verlegenheit kommen.“

Was die Vorortbahn sich anhören muß.

Von Anno Rudner-Schaab.

Eine Frau in tiefer Trauer steigt ein, einen langen, breittreppen Trauerschleier übers Gesicht und einen ebenso langen, breittreppen Trauerschleier über die rückwärtige Körperhälfte. Während sie Platz nimmt, weht sie mit dem widerspenstigen Bus nicht ganz leicht fällt. „Nee, so wat?“ — aber im selben Augenblick biegt ihr empörte Stimme um in die süßesten Töne: „Nee, so wat — Ihnen hätt' id ja ja nicht wiedererkennen!“

„Da stounen Es, na? Mein Seliger war ja immer so nitlich, da konnte ma sich ja nicht anschaffen.“ — „Ihr Mann is jorkorn?“ — „Jo, vorichte Woche — un fehn Es mal, wie damals mein Bruder jekallen is, da wolle id ma natürlich ne Trauer zulegen; glauben

Se, er hätt' mir jlassen? Det is Wumpij, hat er jlagt, det tuße nur zu Dein eferet Bajnijen, der Tote hat ja nicht davon. Und er hat mir nich jlassen. Na, aber wie nu vorichte Woche mein Mann jekornen is, id rin zu Weben und hab' mir ne keine Trauer zulegt, jeld zwei Jarnituren.“

Eine dicke Gutsbesitzerin, so etwa fünfzig Jahre alt, sitzt unglücklich ausgebreitet neben einem ebenfalls sehr ausgebreiteten Herrn im Jagdzug. Sie allein spricht: „Der Krieg, der hätte so zwanzig Jahre früher kommen müssen. Wenn id so denke, was hätte id da jeschafft! Wo id könnte mir ja manchmal ohrfeigen, wie dumm is ma jewesen, wat man so allens verbraucht hot, die Eier, det Schmalz, die Butter, det Fleisch, und überhaupt — id meine ja nich für uns, da wär man ja dumm, aber für die Leute un so — wenn id so zwanzig Jahre früher jewußt hätte, wat man so ersparen kann, und wat man so die Leute bieten kann. — wat id da vor mir jebraucht hätte — nee, der Krieg, der war ja schon janz jut, man hat mos jekorn — bloß zwanzig Jahre früher hätt' er kommen müssen.“

Ein politisches Gespräch zwischen zwei erfahrenen Männern wirkt schon eine halbe Stunde hin und her und erreicht endlich — wirksam geseigert, wie sich das gehört — mit dem Abschluß seinen Höhepunkt:

„Nee, da bin id janz jenuu derselben Meinung wie Sie: von Osten kommt det Heil, von Osten janz allornel! Wo dos ganze Bad von Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei und die ganze Bande, die sind det jekorn am Volkskörper; die müßte man anstrotzen, ausbrennen müßte man det jekorn, sonst kriegt ma nie jekunde Zustände da bei uns.“

„Ja, und denn der Militarismus, det is die Pestbeule —“
„Ja, det sag' id ooch, der Militarismus jeh, det is eene Schande — die Sappo und Sipo und allens, wat soll denn det sind? — Vorichten Sonntag, da war bei uns fünfzigjähriges Schützenfest, wie die da injezogen sind, die Schützen und die Veteranen, und der Kriegerverein un alle, und mit die Jöhnern und alle die alten Wärsche, da lachte einem det alte Soldatenherz im Leide — nee, also der Militarismus von heute, det is eine Pestbeule, sag' id Ihnen.“
Tiefer Seufzer: „Ja, als ma noch unsern Willen hatten —!“

Die Beerdigung Hermann Heijermans gestaltete sich sehr eindrucksvoll. Zehntausende aus allen Kreisen der Bevölkerung haben dem verstorbenen Dichter die letzte Ehre erwiesen. Hinter dem Beerdigungswagen gingen Arbeiter und Beamte, Gelehrte, Klerge und Schauspieler. Alle Arbeiterorganisationen hatten Vertreter mit Fahnen und Blumenpendeln geschickt. Hunderte von Kränzen wurden von der trauernden Menge getragen. Die Fahne der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hollands und nur die Blumenpendeln der Witwe des Verstorbenen schmückten den Wagen. Auf dem Friedhof wurden drei Reden gehalten, und zwar von dem Staatssekretär des Ministeriums für Unterricht und Kunst, von dem Amsterdamer Oberbürgermeister und von dem Parteivorsitzenden der holländischen Sozialdemokratie. Sie alle wiesen auf den schweren Verlust hin, den der Tod Heijermans für die niederländische Kunst bedeute.

Marcel Salzer gibt am 29. und 30. November und am 6. und 7. Dezember „Lustige Abend“ im Künstlerhaus, Seifenstr. 2.

Auslandskredit der Reichsbahn-Gesellschaft.

60 Millionen Goldmark von amerikanischen und englischen Banken.

Zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und einem unter Führung der Herren Speyer und Co. stehenden New Yorker Bankkonsortium, dem außer dieser Firma noch Chase Securities Corporation, Blair and Co. Inc., The Equitable Trust Company of New York, Bank of the Manhattan Company, Henry Schroeder, Banking Corporation angehören, und einer unter Führung der Herren Henry Schroeder and Co. stehenden Londoner Bankgruppen ist ein Abkommen zustande gekommen, wonach die Banken der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bis zum 31. Januar 1926 das Recht einräumen, einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Dollar, teils in Dollar, teils in Pfund Sterling für den Bedarfsfall in Anspruch zu nehmen. Die Gesellschaft hat sich diesem Kredit zu sichern, weil für unvorhergesehene Fälle noch keine ständigen Mittel aus dem Bahnbetrieb zur Verfügung stehen.

Der Vorstand der Reichsbahn-Gesellschaft.

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat auf Vorschlag des Generaldirektors über die endgültige Zusammensetzung des Vorstandes der Reichsbahn-Gesellschaft folgenden Beschluß gefaßt: Außer dem Generaldirektor besteht der Vorstand aus folgenden Direktoren: 1. Bogt (Verkehrs- und Tarifabteilung sowie Verwaltungsstelle Preußen); 2. Kumbier (Betriebs- und Bauabteilung); 3. Dr. Anger (maschinentechnische Abteilung); 4. Jahn (Finanz- und Rechtsabteilung); 5. Hübner (Personalabteilung); 6. Dr. v. Franke (Verwaltungsstelle Bayern).

32 Proz. Rentenerhöhung.

In Anlehnung an die Veränderung der Grundgehälter der Reichsbeamten tritt, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mittels, mit Wirkung vom 16. November auch bei den Renten nach dem Versorgungsrecht eine Erhöhung ein. Der für die Erhöhung der Versorgungsgebühren maßgebende Prozentsatz ist deshalb nicht der gleiche wie bei der Besoldungsgruppe I, weil dort nur die Grundgehälter erhöht wurden, während aus Gründen der erleichterten Berechnung bei den Renten eine prozentuale Erhöhung auf die nach dem Stande vom 1. August 1924 feststehenden Beträge geschlagen wird. Infolge der Kürze der Zeit kann bei der Dezemberzahlung ausgangs November die Erhöhung nicht mehr berücksichtigt werden. Bei der Januarzahlung sind daher zu gewähren:

1. Grundbetrag für Januar nach dem Stande vom 1. August,
2. 15 Proz. Erhöhung für Januar,
3. 11 Proz. Nachzahlung für Dezember,
4. 6 Proz. Nachzahlung für November,

insgesamt also Grundbetrag plus 32 Proz. Rentenerhöhung. Beim Reichsarbeitsministerium hat der Reichsbund beantragt, die Versorgungsgebühren einschließlich der rückständigen Erhöhungen schon vor dem Weihnachtsfeste auszuzahlen.

Reichswehr und Monarchisten.

Ein notwendiges Verbot.

Kassel, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Kommandeur des Gruppenkommandos II in Kassel, General von Mohl, bekämpft durch seinen trockenen Mundschmerz, unterstützt in Kassel die nationalsozialistischen Verbände auf jede ihm mögliche Art. Seinerzeit hat er an einer Schlägerei-Feier teilgenommen, die von einem gerichtlichen Hochkapitel veranstaltet war. Äußerst ehe er die Ortsgruppe Kassel des Jungsturms durch seine Anwesenheit bei der Einweihung des neuen Jungsturm-Heims. Ueber den Charakter des Jungsturms gibt eine Rede Aufschluß, die der Führer des Landesverbandes Hessen-Rhassau auf einer Jungsturm-Tagung in dieser Woche gehalten hat, von der das Kasseler deutschnationale Blatt berichtet: „Günther a. D. Dieb, der Führer des Landesverbandes Hessen-Rhassau, betonte in seiner markigen Begrüßungs-

„Der eingebildete Kranke“ in der Komödie.

Theaterden für Befähigung der paar tausend Menschen, die heute noch zwanzig Mark und mehr für einen solchen Abend ausgeben können und mögen, servierte als neuen Gang Röstbraten von der Weidmühl und der Weidmühlgebirgen. Wallenberg erfüllte das Stück und das Haus mit seinen drohischen Humoren (wie zuvor das Deutsche Theater). Seine Rolle und die Art seiner Darstellung stammen beide aus derselben Quelle und beden sich darum: vom Amis, der ursprünglich, volkstümlichen Freude an allem Komischen, die sich durch alle Jahrhunderte hindurch erhalten hat. In Wallenberg ist die lustige Person von einst wiedererstand, er würde am liebsten ganz allein die Szene beherrschen und von den Mitspielern und Autoren nur die Stichworte empfangen, um daran seine Improvisation zu knüpfen. In der Kasseler Komödie muß er freilich bei der Stange bleiben. Er ist der rechte Repräsentant für dieses komische Gewächs, das in seine vermeintlichen Krankheiten verstrickt ist und das Doctors als einzige Lebenskraft betrachtet, das in kleiner Wohlhabigkeit nur das eine Interesse für das Wohl und Wehe seines Belbes kennt. Wallenberg ist stets bereit, seine besonderen Kamieren anzubringen, etwa die Worte zu zerhacken, auszulassen, auf der Zunge zergehen zu lassen oder in sein gekochtes Auserwecksel zu verfallen, indem er einen eben angefangenen Satz im nächsten erstickt und beide in einem dritten und vierten versinken läßt. In seiner Sucht nach komischen Wirkungen ist ihm nichts Animatistisches fremd. Die Freude über die erwünschten Wirkungen des Komikers strahlt ihm aus den Augen, wie ein Triumphator kommt er vom geheimen Ort zurück. Das gefällt auch den Feinsinnigen dieses gesellschaftlichen Zentrums, das das neue Theater sein will. Wallenbergs facettenreiche Kleinkunst ist für diese Figur, die nicht an die Tiefen des Geistes oder gar des Menschenfindes rührt, gerade recht. Und die anderen Mitspielenden fanden sich vorzüglich in das Ensemble, worauf Reinhardt immer noch hält. Zu nennen: die tolle, winzige Jose der Elfe Eidersberg, der aufgeblosene Dr. Burgon Bildis, die herzige (aber nicht gerade rotokohafte) Tochter Camilla Spiras und der gelehrte abgerichtete Affe Wognerins. Sobilla Bieder, die zweite Frau, war ziemlich unnatürlich, und Dieterle mußte mit dem Bruder nicht eben viel anzufangen. Farbige Inszenierung, alte Musik und als Zwischenspiele die das Thema der Verwerpung fortsetzenden anmutigen Tänze (Ratzen, Solven, Sterno) schufen den stimmungsvollen Rahmen für das heitere Spiel.

Drei neue „Ankerblätter“. Die Academie Française hat an Stelle der drei verstorbenen Mitglieder Frederic Masson, Charles Frey und Pierre Loti den Schriftsteller George Decombe, den Mathematiker Emile Picard und den Maler Albert Besnard gewählt. Der bekannte Nationalist Admiral Debony hätte ebenfalls seine Kandidatur aufgestellt, ist aber durchgefallen.

Gehehe Volkspopet. Wegen Erkrankung im Personal wird die für Sonntagabend im Freizeitsaal angelegte „Boris Godunow“-Vorstellung vorläufig abgesetzt. In Abänderung des Spielplans wird am Freitag „Die Medeamata“ und am Sonnabend „Fra Diavolo“ gegeben.

Kabirandath Lagar schwer erkrankt. Kabirandath Lagar, der vielgenannte indische Philosoph und Dichter, ist in Buenos Aires schwer erkrankt. Er war nach Argentinien gekommen, um dort eine Reihe von Vorträgen zu halten, mußte aber diese Vorträge im letzten Augenblick abbrechen.

anfrage die überparteiliche Stellung des Jungsturms und rief gerade im Hinblick auf die Wiederkehr des Jahresjages der Revolution, deren „Erregungsmomente“ noch heute nach sechs Jahren Niedergang gewisse Parteien feiern zu müssen glauben, zur Sammlung in dem ganzen großen völkisch-nationalistischen Lager auf.“

Bekanntlich hat der Reichswehrminister das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für eine politische Organisation erklärt. Wie lange noch wird er seinen Offizieren erlauben, die völkische Propaganda des Jungsturms mitzumachen?

„Ist das richtig, Herr Professor?“

Volkspartei und Verfassungspolitik.

Köln, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Wahlkreisverband Köln der Demokratischen Partei richtet heute an den Spitzenkandidaten und maßgebenden Führer der Deutschen Volkspartei im Rheinland, den Kölner Professor Rodenhauer eine öffentliche Anfrage, in der darauf hingewiesen wird, daß Rodenhauer die von demokratischer Seite an seiner Rheinlandpolitik geübte Kritik als frivoles Spiel bezeichnet. Die Kölner Demokraten fordern den Professor auf, ihren Feststellungen nicht auszuweichen und folgende Fragen zu beantworten:

„In den Tagen, in denen Sie Ihren Plan eines eheulichen Direktoriums verfolgten, sollen Sie im Reichstage völkisch-nationalistische Abgeordnete gegenüber dem Sinn nachgefragt haben: „Im besetzten Gebiet wird jetzt das Direktorium eingerichtet. Ich habe die Stelle des Kultusministers zu vergeben. Wollen Sie die Stelle haben?“ Ist das richtig, Herr Professor?“

Man darf wohl gespannt sein, wie Professor Rodenhauer diese peinliche Frage beantworten wird.

Verabredung zum Mord — straffrei.

Revision im Thormann-Grandel-Prozess verworfen.

Leipzig, 27. November. (BS.) Das Reichsgericht in Leipzig hatte sich gestern mit der Revision des Thormann-Grandel-Prozesses und damit auch mit der Klärung eines Rechtsstreits zu beschäftigen, der über die Auslegung der Verabredung zum Mord entstanden war. Der Generalstaatsanwalt in Berlin vertrat seinerzeit vor dem Urteil im Attentatsprozess gegen General v. Seeck die Ansicht, daß die bisherige Rechtsauffassung über die Verabredung zur Begehung eines Mordes in der heutigen Zeit nicht mehr zureichend sei. In der Revisionsbegründung ersuchte die Oberstaatsanwaltschaft um die Revision des Ebermayer'schen Kommentars zu diesen Fragen.

In Vertretung des Oberstaatsanwalts Ebermayer, der zurzeit die Anklage im Freiburger Kommunistenprozess vertritt, legte Reichsanwalt Heisenberger den Standpunkt der Reichsanwaltschaft zum Revisionsantrag des Generalstaatsanwalts in Berlin dar. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Verabredung zum Mord, wie sie auf Grund des Rathenau-Wortes durch das Reichsgericht in das Strafgesetzbuch aufgenommen sei, ein Verbrechen besonderer Art darstelle, weil dann Teilnahme und auch Versuch an diesem Verbrechen möglich sei.

Verteidiger Dr. Saß (Berlin) vertrat demgegenüber die Auffassung, daß die Verabredung zum Mord lediglich als eine qualifizierte Vorbereitungshandlung besonders unter Strafe gestellt sei, und daß mangels besonderer Bestimmung auch hierfür die allgemein herrschende Lehre maßgeblich wäre, daß es einen strafbaren Versuch zur Vorbereitungshandlung nicht gebe. Es sei schon das Äußerste, wenn der Gesetzgeber eine Vorbereitungs-handlung in der Form eines Begehensdelikts besonders unter Strafe stelle. Außerdem sei über der Tatbestand aus § 49b an sich widerspruchsvoll, einmal, weil die Verabredung zum Mord, wenn es sich nicht um eine politische Verfassungsverletzung handelt, ein Verbrechen darstelle und mit Gefängnis bestraft werde, während es sich sonst um ein Verbrechen handle, das mit Zuchthaus geahndet würde.

Der Senat kam nach mehrstündiger Verhandlung zu einer Verwerfung der Revision, indem er sich zu der Rechtsauffassung bekannte, daß eine Verabredung zum Mord den ernstlichen Willen der Verbreiter zur Mitwirkung oder zur Ausführung voraussetze, daß es sich hier um eine qualifizierte und unter Strafe gestellte Vorbereitungshandlung handle, bei der nach der herrschenden Lehre ein Versuch nicht möglich sei.

Es bleibt also bei dem freisprechenden Urteil des Schwurgerichts Berlin gegen Thormann und Dr. Grandel.

Zustände in Mussolinien.

Ein Faschistengeneral bloßgestellt.

Rom, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Der faschistische Milizgeneral Balbo ist in einem Beleidigungsprozess, den er gegen die Zeitung „Noce Repubblica“ angestrengt hatte, in aller Öffentlichkeit aufs schwerste bloßgestellt worden. Der Verteidiger des Wortes konnte in der Verhandlung einen Brief vorlesen, den Balbo im August 1923 an einen Freund geschrieben hat. Darin predigt er ganz offen Gewalttat gegen die politischen Gegner des Faschismus, indem er deren systematische Verpöhlung empfiehlt. Auch der Präzise sollte von dieser Empfehlung in Kenntnis gesetzt werden, und gleichzeitig den Staatsanwalt wissen lassen, daß die faschistische Staatsgewalt keine Straffverfahren wegen solcher Vorkommnisse eingeleitet zu sehen wünscht. Die Bekanntgabe dieses vertraulichen Briefes hat das größte Aufsehen erregt, zumal Balbo keine Ehrentitel gar nicht abstreitet.

Im Prozess des Generals Balbo gegen die „Noce Repubblica“, die ihn der Mitwirkung am Mord an einem katholischen Geistlichen geziehen hatte, erklärte der als Zeuge geladene Chefredakteur des „Popolo“, daß der Adressat des Briefes von Balbo eingestanden hat, daß er als Faschist die Würde des Geistlichen nach der Tat aus ihrem Verstand im Auto abgeholt und in Sicherheit gebracht habe. Nun wird die bisher respektlos verlaufene Verhandlung über den Mord an den Geistlichen neuerdings wieder aufgenommen werden.

Faschistischer Wahlterror. — Die Behörden verweigern Hilfe.

Rom, 27. November. (Eca.) Der Vorsitzende des Wahlkomitees von Leano, wo Gemeindevahlen im Gange sind, mußte telegraphisch beim Ministerium des Innern um Hilfe ersuchen, da bewaffnete Faschisten der Umgebung in die Stadt eingedrungen waren und durch Gewalttaten die Wahlen zu beeinflussen suchten. Die Lokalbehörden hatten jede Hilfe verweigert.

Ein katholisches Forschungsinstitut verurteilt.

Rom, 27. November. (Eca.) Die Räumlichkeiten einer katholischen Heimkehrerorganisation und der Vereinigung der katholischen Seefahrer, die in einem zum Vatikan gehörenden Palais untergebracht waren, wurden von Faschisten überfallen und verurteilt. Alle Karten und Dokumente wurden geraubt.

Die wesenverwandten Kommunisten.

Rom, 27. November. (Eca.) Eine Gruppe von Kommunisten überfiel in Rom die Villa eines faschistischen Funktionärs und eröffnete mit Revolvern und Steinen ein Bombardement gegen das Haus. Die Insassen mußten sich verbarricadieren, bis sie von der Polizei befreit wurden.

So sieht ein Faschistenabgeordneter aus!

Mailand, 27. November. (Eca.) Der Abgeordnete Prinetti, Mitglied des faschistischen Direktoriums in Cuneo wurde aus der faschistischen Partei ausgeschlossen. Nach Mitteilungen der „Stampa“ schloß damit ein Kampf ab, der seit drei Jahren vergeblich gegen Prinetti geführt wurde. Prinetti war nach einem eskalanten Bankrott infolge gewogener Spekulation in die faschistische Partei eingetreten und hatte sich mit einem Kreis von berüchtigten Spielern und Spekulanten umgeben. Einer von diesen beabsichtigte, die Räume der faschistischen Parteiorganisation selbst nach Mitternacht als Spielhölle zu benutzen. Prinetti hatte eigenmächtig die Dämme des Flusses Stura durchbrechen lassen, um einem befreundeten Industriellen gefällig zu sein, der das Wasser zum Betrieb seiner Fabrik benötigte. Er ließ ferner zum Oberleutnant der Miliz einen früheren Kantinenwirt befördern, der während des Rückzugs von Karfreit den ausgehungerten Soldaten verdorbene Konserven zu Wucherpreisen verkauft hatte und später Bankrott erklärte, um seine Kriegsgewinne der Besteuerung zu entziehen. Der erste Versuch, Prinetti aus der Partei auszuschließen, hatte infolge der Unterstützung, die er bei den höchsten faschistischen Behörden genoss, damit geendet, daß jener auf die faschistische Wahlliste gesetzt wurde, was auch zu seiner Wahl als Parlamentsabgeordneter führte.

Deutsche Schwerindustrie in Paris.

Paris, 27. November. (WZB.) Die für die Handelsvertragsverhandlungen delegierten deutschen Sachverständigen aus der Schwerindustrie, die zum Teil heute vormittag in Paris eingetroffen sind, haben heute nachmittag eine erste Sitzung mit den französischen Sachverständigen abgehalten. Deutscherseits beteiligten sich an der Beratung Klobach vom Roheisenverband, Gerwin vom Stahlwerkverband, Roimann von der ober-schlesischen Bergwerks-Gesellschaft, Hübner von der Drahtindustrie. Heute abend treffen als weitere Delegierte Friz Thyssen und der Direktor der Krupp'schen Werke, Bruhn, ein. Die Ankunft des Direktors Bögeler dürfte morgen erfolgen. Außer diesen Herren befinden sich bereits Vertreter der Maschinen- und Eisenindustrie, sowie der Elektroindustrie in Paris, darunter Minister a. D. von Kaumer und Prof. Deutsch von der AEG. Die Besprechung fand am Sitz des Comité des Forges statt.

Rathusius-Debatte der Kammer.

Beim Etat des Wiederaufbaus.

Paris, 27. November. (U.) In der heutigen Kammerdebatte des Wiederaufbauhaushalts kam der Poincarist Desjardins ganz unerwartet auf den Fall Rathusius. Er sagte: „Die großen deutschen Diebe werden nicht genügend zur Rechenschaft gezogen, und wenn man einen verurteilt, so wird er wieder begnadigt, wie das gestern geschah.“ Wiederaufbauminister Dalbiez: „Das Begnadigungsrecht steht dem Präsidenten der Republik zu.“ Unruhe auf der Rechten, Zuruf links: „Dourmergue hat gut getan, von seinem Recht Gebrauch zu machen!“ Lebhafter Widerspruch rechts. Der Poincarist Bourgeois von der Opposition rufte: „Wenn es sich um einen französischen General gehandelt hätte, dann würden sie nicht seine Begnadigung verlangen haben.“ (Lebhafte Unruhe.)

Der Präsident der Kammer forderte Desjardins auf, seine Rede fortzusetzen, worauf dieser erklärte, er habe das Recht, sein Urteil über die Begnadigung Rathusius' abzugeben. Der Präsident stellt fest, daß der Präsident der Republik das Recht habe, diese Begnadigung vorzunehmen. Der Redner fragt, ob Rathusius nicht auf jeden Fall zur Rückgabe der gestohlenen Gegenstände verurteilt werden mußte. Lehnen Endes müßten die französischen Steuerzahler die Bewohner der verminten Gebiete entschädigen. „Wenn ein Franzose ein Brot entwendet hätte, so fuhr der Redner fort, würde er verurteilt worden sein. Warum mißt die Regierung mit anderer Maß?“

Der Bericht über den Fortgang der Debatte lag bei Redaktions-schluß nicht vor.

Herr v. Rathusius ist bereits wieder daheim in Kassel. Er wurde bei der Ankunft vom Oberpräsidenten Schwaner und einer großen Volksmenge begrüßt.

Verchwörung in Ägypten?

Englische Behauptung.

Kairo, 27. November. (Reuter.) Die bereits gemeldeten Verhaftungen sind durch die den britischen Beamten drohende Gefahr notwendig geworden. In wohlunterrichteten Kreisen herrscht kein Zweifel, daß eine ausgedehnte Verchwörung in Ägypten besteht, die Ermordung des Sirdar wird nur als Einzelakt einer Reihe von geplanten Verbrechen betrachtet. Die Vorsichtsmaßregeln werden aufrechterhalten werden, bis die Gefahr beseitigt ist. Gewisse, der Polizei bekannte Personen, wurden verhaftet.

Es ist behauptet worden, die drei verhafteten Nationalisten der ägyptischen Regierung zu übergeben.

Neue Ministerkrise.

London, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der Verhaftung der vier nationalsozialistischen Führer durch die Engländer haben drei Minister der neuen Regierung Ägyptens ihre Demission gegeben. Gleichzeitig wird bekannt, daß der ägyptische Gesandte in Rom, Kamel Pascha, die Uebnahme des Postens des Außenministers im Kabinett Siwar abgelehnt hat.

Die Anrufung des Völkerbundes.

Genf, 27. November. (WZB.) Der gestern vom Völkerbundssekretariat veröffentlichte Text der Protestnote der ägyptischen Kammer enthält keinen Appell an den Völkerbund um Intervention. Dagegen befindet sich in dem von Paris aus veröffentlichten Wortlaut ein Satz, in dem ausdrücklich die Bitte um Intervention ausgesprochen wird. Diese außerordentliche Textverschiedenheit rief heute begreiflicherweise im Völkerbundssekretariat großes Bestreben hervor und war der Gegenstand aller Gespräche. Das Völkerbundssekretariat ließ hierauf, um sich zu versichern, das aus Kairo an das Sekretariat gerichtete Originaltelegramm anschlagen, in dem tatsächlich der wichtige Satz fehlt! Eine Untersuchung soll ein Telegraphierversehen ergeben haben.

Sowjetregierung und Komintern.

Siamesische Zwillinge, die keine sein wollen.

Moskau, 27. November. (WZB.) (Russ. Tel.-Ag.) Der Präsident des Rates der Volkskommissare, Krow, kam auf dem Kongress der Textilarbeiter auf die außenpolitische Lage zu sprechen. Mit Bezug auf England erklärte Krow, die englischen Konföderationen seien letztlich durch den gefälschten Sinawjewbrief zur Herrschaft gelangt. Deshalb lehnten sie das von der Sowjetregierung vorgeschlagene Schiedsgericht zur Klärung dieses Tatbestandes ab und beschuldigten die Sowjetregierung zugleich, daß die kommunistische Internationale Propaganda gegen die englische Regierung treibe. Die Internationale sei jedoch eine von der Sowjetregierung unabhängige Organisation, der legale Parteien verschiedener Länder, darunter auch Englands, angehörten.

Gewerkschaftsbewegung

4. Internationale Konferenz der Hotelangestellten.

Berlin, 27. November.

In der Frage des Lohnsystems einigte sich die Konferenz auf folgende Entschliessung.

Die vierte Internationale Konferenz der freigewerkschaftlich organisierten gastgewerblichen Arbeiter und Angestellten stellt fest, dass die einzig richtige Entlohnung der gastgewerblichen Arbeitnehmer die feste auskömmliche Basislohnung ist und fordert alle der Union der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten angeschlossenen Verbände auf, für dieses Lohnsystem einzutreten.

Unter allen Umständen ist dagegen anzukämpfen, dass der Kreis der Trinkgeld- oder Prozentempfänger durch Einbeziehung solcher Angestellten, die bisher nur feste Löhne bezogen, erweitert wird. Die von den Gästen für die Bedienung bezahlten Prozente müssen restlos dem Bedienungspersonal zugute kommen und dürfen zu anderen Zwecken nicht verwendet werden.

Die Erörterungen über den Achtstundentag führten zur einstimmigen Annahme der von der deutschen Delegation vorgelegten Entschliessung, in der zunächst festgestellt wird, dass die gastwirtschaftlichen Unternehmer aller Länder eifrig bestrebt sind, die Arbeitszeit wieder mehr und mehr auszudehnen und jede gesetzliche Regelung zu vereiteln, wozu sie insbesondere von den geschäftsbegünstigenden Körperschaften die Verschlechterung der bestehenden Gesetze und Verordnungen fordern.

Durch Verringerung bzw. Beseitigung der festen Löhne, Schmälerung der Prozentanteile suchen sie das Trinkgeld als Bezahlungsmittel wieder einzuführen, um so das Bedienungspersonal geneigt zu machen, „freiwillig“ in eine Verlängerung der Arbeitszeit zu willigen.

Im Interesse der Gesundheit, eines geordneten Familienlebens, zur Hebung des ganzen Gewerbes und der darin beschäftigten Personen in wirtschaftlicher, sozialer und sittlicher Beziehung ist es notwendig, dass auch für das Gastwirtsgewerbe der Achtstundentag volle Geltungskraft erlangt.

Die Konferenz erklärt es daher als Pflicht der gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände aller Länder, in Gemeinschaft mit der übrigen Arbeitnehmerschaft für den Achtstundentag zu kämpfen.

In der heutigen Vormittagsitzung ereignete sich ein bezeichnender Zwischenfall. Der als Vertreter eines Nahrungsmittelarbeiterverbandes aus Klausenburg (Rumänien) erschienene Kommunist Koesinger war ohne Stimmrecht zugelassen worden. Nachdem er von vornherein den Genossen Söhenbach beklüchtigt hatte, seinen Aufenthalt in Rumänien im Auftrage des IWB., zur Spaltung der rumänischen Gewerkschaften mißbraucht zu haben, beklüchtigte er jetzt alle sozialistischen Teilnehmer der Konferenz als Heuchler. Diese Beschimpfung in Verbindung mit dem ganzen Auftreten dieses zweifelhafte Delegierten, der als Zugkraft für die kommunistische Gegenüberstellung vorgelesen ist, führte dazu, ihn von den weiteren Verhandlungen der Konferenz auszuschließen.

Bei dem internationalen Charakter des Hotelgewerbes spielt die Freizügigkeit für die gastwirtschaftlichen Angestellten eine überaus große Rolle. Die Kriegsverhältnisse führten diesbezüglich zu einer strengen Abschließung von ausländischen Arbeitsträften und zu einer besonderen Hemmung und Erschwerung der Freizügigkeit, die für die Küche und Keller geradezu lähmend wirkt.

Die eingehende Aussprache über diesen Punkt ergibt, dass der Nationalismus sich noch allenthalben in mehr oder minder schroffer Form geltend macht und entschieden bekämpft werden muß. Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

Die Konferenz erklärt: Nachdem der Weltkrieg seit 6 Jahren beendet ist es an der Zeit, die Grenzen aller Länder wieder zu öffnen, damit es der Arbeitnehmerschaft möglich ist, im Ausland ihr Brot oder ihre weitere Fachausbildung zu suchen. Für die gastwirtschaftlichen Angestellten aller Länder, besonders für den jungen Nachwuchs ist das letztere eine unbedingte Voraussetzung für ihr Fortkommen und für die Fortentwicklung des Gewerbes selbst.

Die zuwandernden Berufsgenossen haben aber die Pflicht, sich der gewerkschaftlichen Organisationen des betreffenden Landes nach Maßgabe der Paragraphen 13 und 14 des Statuts der Internationalen Union anzuschließen.

Obwohl der Zusatz, der von den österreichischen Delegierten beantragt war:

„Zur Erreichung dieses Zieles sind vom Internationalen Sekretariat Eingaben unter Mitwirkung der zuständigen angeschlossenen Verbände an alle Regierungen zu richten. Gleichzeitig sind alle Verbände aufzufordern, im eigenen Wirkungsbereich darauf hinzuwirken, daß der Freizügigkeit solcher Arbeitnehmer, die sich ordnungsgemäß als Verbandsmitglieder ausweisen, keine außerbehördlichen Schwierigkeiten bereitet werden.“

Der Sitz der Internationalen Union der gastwirtschaftlichen Angestellten wurde auf einstimmigen Beschluß von Amsterdam wieder nach Berlin zurückverlegt. Der Deutsche Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wählt den Vorsitzenden und den Sekretär der Union, während die Organisationen in Belgien, Holland, Österreich und Schweden je einen Beisitzer stellen.

Die Verhandlungen werden heute zu Ende geführt.

Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Heute tritt der Beirat der Reichsarbeitsverwaltung zusammen, um zu der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung Stellung zu nehmen. Bekanntlich ist eine Erhöhung im Ausmaß der Beamtensubventionen vorgesehen. Die Entscheidung dürfte morgen Sonnabend fallen.

Aus der Praxis des Reichsarbeits-Ministeriums.

In Nr. 558 des „Vorwärts“ brachten wir unter dieser Überschrift einen Beschwerdefall des Bekleidungsarbeiter-Verbandes. Der in dieser Notiz behandelte Beschwerdefall war Gegenstand einer am 26. November erfolgten Besprechung zwischen dem Reichsarbeitsverwaltung und dem Bekleidungsarbeiter-Verband. Hierbei wurde dieser Beschwerdefall geklärt und ist nunmehr als erledigt zu betrachten.

des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes.

Achtung, SPD.-Betriebsvertrauensleute!

Die Nr. 4 der Betriebszeitung „Der Kämpfer“ ist erschienen und sofort vom Betriebssekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., in Empfang zu nehmen. Besonders die Vertreter der Mittel- und Kleinbetriebe werden ersucht, das Material abzuholen. Partei- ausweis mitbringen!

Hungerlöhne in der Eisenmöbelindustrie.

Die Berliner Eisenmöbelindustrie steht in einer glänzenden Konjunktur, trotzdem haben es die Unternehmer bisher verstanden, die Löhne der Arbeiterschaft äußerst niedrig zu halten, daß der Begriff „Lohn“ bald nicht mehr angedrückt ist. Der Lohndurchschnitt bei einer sehr bekannten Firma beträgt für gelernte Arbeiter 54 Pf. in der Stunde; die Akkorddurchschnittsgehälter bewegen sich um 75 Pf. herum, gehen aber für Schlosser bis auf 65 Pf. herunter. Die Firma hat es fertig bekommen, einen jung ausgelesenen Werkzeugmacher mit 35 Pf. Stundenlohn zu beschäftigen und dabei erwachsenen Handwerker der Branche einen Höchstenlohn von 73 Pf. Bei den ungelerten Arbeitern sehen die Löhne noch trauriger aus. Man zahlt Bäckern, also Arbeitern, die nicht nur eine verantwortungsvolle Tätigkeit haben, sondern auch in ihrer Arbeit eine große Übung haben müssen, 47 bis 51 Pf., bei den anderen Hilfsarbeitern gehen die Löhne bis auf 37 Pf. herab. Frauen bietet man 32 Pf. an.

Die Unternehmer haben zunächst durch Schreiben, dann auch vorm Schlichtungsausschuss jede Lohnzulage abgelehnt. Selbst Gewerbetätiger Körner gab seiner Verwunderung über diese Hungerlöhne Ausdruck und fragte, ob sich denn bei solchen Verdiensten Arbeiter finden.

Damit scheint der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses das Richtige getroffen zu haben. Nicht die Unternehmer haben schuld an den Abhängen, sondern die Arbeiter selbst. Sie haben den Weg zur Organisation noch nicht gefunden, auf dem sie ihre Lage verbessern können. Mit Ueberstunden und Sonntagsarbeit ist keine angemessene Entlohnung zu erzielen. Die Arbeiter müssen in den heute abend stattfindenden Betriebsversammlungen Stellung nehmen, was geschehen soll, wenn die am Dienstag vertagten Verhandlungen wieder kein Ergebnis bringen.

Transportarbeiter in den VDMZ.-Betrieben.

Man schreibt uns: Die „Rote Fahne“ beklüchtigte sich in ihrer Nr. 166 vom 26. November mit der Lohnbewegung der Transportarbeiter der Metallbetriebe. Sie schrieb, daß der reformistische Verkehrsverband unter Führung von Fromme die Bewegung schon abbremsen, bevor sie sich entwickeln konnte. Außerdem sei in der Bewegung für die Transportarbeiter nichts erreicht worden und sie sei als eine große Niederlage zu betrachten. Demgegenüber stellen wir fest: Gerade eine kommunistische Größe war es, die sich gegen die Einseitigkeit der Bewegung aussprach und in diesem Winter eine solche überhaupt nicht machen wollte. Ihm mußte erst von den Reformisten stark eingeholt werden, um ihn von seinem nutzlosen Standpunkt abzubringen. Als die späteren Resultate der Verhandlungen vorliegen und über Annahme und Ablehnung zu entscheiden war, waren es die kommunistischen Betriebsobleute mit, die das Ergebnis zur Annahme empfahlen und dem vorwärtsdrängenden reformistischen Verkehrsverband abtrüben. Erweiterungen eintreten zu lassen. Wir wollen der „Rote Fahne“ auch verzeihen, daß die Entschliessung, die den Abschluß der Bewegung brachte, von einer Kommission ausgearbeitet worden ist, die sich in ihrer Mehrheit aus SPD.-Funktionären zusammensetzte. Daraus ergibt sich für jeden ganz klar, daß der Träger der „Rote Fahne“ der Bewegung völlig fremd gegenübersteht und von den wirklichen Verhältnissen keinen Schimmer hat. Genaue Kenntnis einer Auslosung über die Notiz wurde diese von den SPD.-Kollegen scharf kritisiert.

„Kurze Hosen und lange Haare“.

Die neueste Nummer der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“ berichtet über eine Reichskonferenz der „Selbständigen Verbände“ und der „Union der Hand- und Kopfarbeiter“. Das sind jene Organisationskörper, die ursprünglich von der Kommunistischen Partei gegründet wurden, um die freien Gewerkschaften zu zerstören. Da dieser saubere Plan nicht gelungen ist, kam von Moskau die Gegenorder: Zurück in die Gewerkschaften! Die dem Befehl wollen aber die „Selbständigen Verbände“ nicht Folge leisten und nun regnet es nur so mit gegenseitigen Beschimpfungen und Ausschüssen. Auf dieser Reichskonferenz wurde berichtet, daß die Kommunistische Partei selbst zugebe, mit ihrer gewerkschaftlichen Zellenarbeit Schiffbruch erlitten zu haben. Auf ihrem letzten Bezirksparteitag sei mitgeteilt worden, daß in Berlin-Brandenburg keine einzige Zelle mehr in den Gewerkschaften bestehe. Die SPD. habe ungeheuer viel Mitglieder verloren. Im Bezirk Mansfeld z. B. sei sie von 13 000 Mitgliedern auf 300 gesunken. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter in Berlin sei von 100 000 auf 10 000 Mitglieder zurückgegangen, in Rheinland-Westfalen liege die Bewegung vollständig nieder, Mitteldeutschland sei zusammengebrochen usw. Ein Redner rief aus: „Wir sind Männer mit langen Hosen und haben keine Lust, uns von Jungen mit kurzen Hosen und langen Haaren führen zu lassen!“

Da die Leiter der „Selbständigen Verbände“ bis vor kurzem zu den führenden Leuten in der Kommunistischen Partei gehörten, so besteht kein Anlaß, an ihren Angaben zu zweifeln.

Eine Verteidigung der Gewerkschaften.

Es dürfte selten geschehen, daß die Gewerkschaften in einem Blatte wie der nationalsozialistischen „Mecklenburger Partei“ verteidigt werden, wie es am 25. November in dem Rostocker Blatte geschehen ist. Ein völkischer, nationalsozialistischer Gewerkschaftsmann Franz Störh wendet sich gegen die bürgerlichen Gewerkschaftsgegner und die „ganz und gar unbegründete Voreingenommenheit“ der Völkischen gegen die Gewerkschaften, indem er u. a. schreibt:

„Die in völkischen Kreisen häufig anzutreffende Annahme, mit den Gewerkschaften zusammen würden auch die Arbeitgeberorganisationen verschwinden und im Rahmen der Volksgemeinschaften löse sich dann die soziale Spannung zwischen Kapital und Arbeit in einer Harmonie auf, ist vollkommen abwegig. Die Betriebe können, auf sich selbst gestellt, bei der heutigen Wirtschaftslage gar nicht existieren. Ihr Zusammenbruch ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Wie soll's anders eine einheitliche Produktionsbasis überhaupt gefunden werden? Das bedingt, daß einer Vereinigung zum Einkauf der „Ware“ Arbeitsträger eine andere gegenüberstellen muß, die dafür sorgt, daß diese „Ware“ einen angemessenen Preis erzielt. Sonst fallen wir in die Methoden des trassierten Monopols zurück. Wer sie kennt, kann nur mit Grauen an sie denken.“

Auch die oft gehörte Behauptung, daß das Vorhandensein der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessensvertretungen zwangsläufig zu Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führe, ist nicht beweisbar. Das Gegenteil ist richtig. Wenn die Arbeitgeberverbände bittorisch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse festlegen könnten, käme es bei den Unvollkommenheiten, die Menschen nun einmal anhaften, zweifellos zu unheimlichen Härten, die eine maßlose Verbitterung hervorrufen würden. Schon rein so ist genommen wirkt die Tatsache, daß die Unternehmer mit den Brautragern der Gewerkschaften über die Höhe der Entlohnung usw. verhandeln müssen, in hohem Grade günstig auf die Arbeitermassen ein. Ausnahmefälle, die aus anormaler Zeit etwa angeführt werden sollten, befallen nur die Regel. Denn niemand kann bestreiten, daß in den ersten Jahren nach dem Novembersturz eine Herrscherlehre des Herrinim-Hause-Standpunkt seitens der Unternehmer chaotische Zustände, vielleicht den Bolschewismus nach Deutschland gebracht hätte. Wenn eine ausgeleitete Arbeitgebervereinigung weiß, daß ihr eine ausgezeichnete disziplinierte und materiell entsprechend gerüstete Gewerkschaft gegenübersteht, dann wird am Verhandlungstisch von vornherein ein Ton angeschlagen, wie er unter Sarten, die einander achten, üblich ist. Es kommt in solchen Fällen sicher zu einer Reihe von befruchtenden Verständigungen, weil sich jeder Teil des großen Risses eines mutwillig herausgeschworenen Kampfes bewußt ist. Bei den Auseinandersetzungen innerhalb der Volkswirtschaft, die sich, solange wir weltwirtschaftlichen Bindungen unterliegen, auch im völkischen Staate kaum ganz vermeiden lassen, ist es schließlich nicht anders wie bei einer richtigen Führung der Außenpolitik: Wer den Frieden will, muß zum Kriege gerüstet sein.“

Man muß sich nur wundern, wie ein Mann mit solch vernünftiger Auffassung über die Gewerkschaftsbewegung in das völkische nationalsozialistische Lager geraten ist, weil er seine Auffassung gegen die Widerstände der Völkischen verteidigen muß. Hoffentlich zeigt ihm bald die Erfahrung mit den Völkischen, daß er hier tauben Ohren predigt und er an die falsche Adresse gekommen ist. Denn der hier dargelegte gewerkschaftliche Standpunkt ist ganz der der freien Gewerkschaften.

Zum Hochbahnstreik sieht uns die ehemalige Streikkommission einen kurzen Rückblick, der sich inhaltlich deckt mit dem, was wir selbst wiederholt darüber veröffentlicht haben. In der Zukunft heißt es dann weiter: Wir danken allen Arbeitsbrüdern für die uns zuteil gewordene Unterstützung, wir möchten aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die bis jetzt eingetroffenen Mittel noch nicht im entferntesten ausreichen.

Der Streik in der Lodzer Textilindustrie begann Donnerstag früh mit 50 000 Arbeitern. Die Arbeiter hatten gefordert, die Löhne auf Grund der Teuerungsziffern zu berechnen was die Unternehmer ablehnten. Es ist zu erwarten, daß der Streik noch weiteren Umfang erreicht.

Größtles Gewerbe. Montag, den 1. Dezember, ab 5 Uhr nachmittags, im Restaurant Germania, Alexanderstr. 41. Erhellung von Werbematerial. Wir bitten unsere Funktionäre, dafür zu sorgen, daß für jeden Betrieb Abholung erfolgt.

Der größte Werbeausflug. J. A. Otto Tiedler, SPD.-Eisenbahnbeamte und -arbeiter, Deutsches Eisenbahner- und Beamtenperlenmuseum im Reichstag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Café Gärtners (Bahnhof Bellevue). Politisches Referat: „Die Eisenbahner und der 7. Dezember 1924.“ Referent: Genosse Landwehrstr. 14. Eisenbahner, erscheint in Moskau!

Der Werbeausflug.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freikulturen: Dr. John Schömann; Soziales und Sonstiges: Rich. Kersch; Ansätze: H. Gleditsch; Ähnlich in Berlin: Berlin: Propaganda-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Propaganda-Verlag und Verlagsanstalt Paul Cramer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Bureau 3. Beilage.

Musikaufträge übergibt man nur dem Nachweis des Deutsch. Musiker-Verbandes. Annahmestellen: Rosenthaler Str. 14 (Norden 4719), Bernburger Str. 30 (Nollend. 647).

Große Reklame-Woche für Reichelt's Beutel-Mehl!

Preis: 5-Pfd.-Beutel Mk. 1.50

Es gibt kein besseres Mehl!

Wir verabfolgen von heute bis Donnerstag, den 4. Dezember auf jeden 5-Pfd.-Beutel 1/2 Pfd. feinste Raffinade



147 Geschäfte

Reichelt

in Groß-Berlin



Eine nicht gesprengte Stadtverordnetensitzung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist gestern die Rechte eine böse Niederlage bei ihrem Versuch, die Sitzung nach 2 1/2 stündiger Dauer zu sprengen. Er mislief, weil diesmal die kleineren bürgerlichen Fraktionen (Demokraten, Zentrum, Wirtschaftspartei) den Auszug aus dem Saal nicht mitmachten. Die Versammlung blieb beschlußfähig und die Linke konnte dann erst nach Beschluß durchbringen, die sonst durch die Rechte vereitelt worden wären. — Im ersten Teil der Sitzung wurde die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Anfrage wegen der Sicherung von Kleingärten-Dauerkolonien durch Stadt- und Wuhly verheißungsvoll beantwortet. Den Rednern der Deutsch-Nationalen und der Deutschen Volkspartei, die um den Profit der Grundbesitzer bangten, gab Genosse Wendi die gewünschte Antwort. Eine Anfrage der Deutschen Volkspartei betreffend den Magistrat an, weil er zu einem im Ausland beschafften Kredit von 3 Millionen Dollar nicht die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung eingeholt hat. Genosse Voewy rief den Fraktionellen unter die Nase, daß die zur Deutschen Volkspartei haltende Deutsche Hochfinanz durch diesen Kredit, der zu dem für die letzte Zeit ungewöhnlich niedrigen Zinsfuß von 7 1/2 Proz. beschafft wurde, ihr Geschäft (das sehr viel mehr einzubringen pflegt) gesichert sieht. Bei einem Antrag der Kommunisten wegen Wahrung der Rechte Berlins in der Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern erregte Genosse Weinberg, der für die sozialdemokratische Fraktion die Zustimmung aussprach, die Entrüstung der Rechten durch einige kräftige Wahrheiten über Wilhelm II. und die durch den Krieg herbeigeführte Not des deutschen Volkes. Gegen Schluß der Sitzung kam ein Zentrumsantrag gegen den von Wassergrundstücken geforderten Wasserzins zur Verhandlung. Für den Antrag erklärte sich auch die sozialdemokratische Fraktion, deren Redner Genosse Clajus nachdrücklich auf die Schädigung der Wasserportierzone und des Freiölands Warnsee hinwies.

In der gestrigen Sitzung bewilligten die Stadtverordneten auf Grund einer Dringlichkeitsvorlage des Magistrats einstimmig 50 000 M. zur Unterfütterung der durch das Hochwasser des Rheins und Mains Geschädigten.

Im Weiteren wurde der erste Teil der Sitzung mit der Beantwortung von Anfragen ausgefüllt, unter denen diejenige unserer Genossen betr. die Ausweitung von Landflächen als Heimstättengebiet an der Spitze stand. Stadtrat Gen. Wuhly erklärte, der Magistrat habe zu der Frage, ob und inwieweit

Gelände in Berlin für Dauerkleingärten

ausgewiesen werden soll, noch nicht Stellung genommen, die Deputation sei dafür und habe das Städtebauamt beauftragt, im Rahmen des in Bearbeitung befindlichen Generalfluchtungsplans entsprechende Stellen auszuweisen. In hoffentlich nicht allzulanger Zeit werde die Versammlung mit einer Vorlage darüber befaßt werden. — In der Besprechung äußerte Dr. Caspari (D. Vp.) Bedenken in der Richtung, daß die betr. Flächen doch dem Baumarkt entzogen und somit entwertet würden, und fragte, wie man sich die Entschädigung der Grundbesitzer denke. — Stadtrat Wuhly erwiderte, daß sich die Deputation auch mit dieser Frage und den Schwierigkeiten, die sich sonst bei der Ausführung entgegenstellen, beschäftigt habe; auch hierüber müsse die endgültige Stellungnahme vorbehalten werden. — Gen. Wendi: Das sind spätere Sorgen. Man könnte vielleicht als Entschädigung Austauschgelände an anderer Stelle den Eigentümern anbieten. Die Schaffung von Dauerkleingärten liegt so sehr im Interesse der Allgemeinheit, daß eventuell eine Venderung des Fluchtungsplanes durchaus geboten erscheint. — Vnder (Dnalt.) hielt auch große Vorzüge für sehr angebracht; sei eine Fläche einmal ausgemessen, so würde es rascher kaum möglich sein, sie wieder aus dem Bebauungsgebiet zu entfernen, und darüber müßten die Interessen der Privatbesitzer leiden. — Damit war die Besprechung erledigt.

Eine neue einlaufende Anfrage der Komm. betraf die angebliche Unterfütterung der notleidenden O o t h e - Büchse durch den Magistrat mit 1/2 Lebernahme einer Bürgerkassette. Die von Gabel (Komm.) geäußerte Vermutung, daß der Magistrat den kommunistischen Einfluß in der Verwaltung systematisch auszuwischen bestrebt sei, wurde

bei Beantwortung einer kommunistischen Anfrage vom Bürgermeister Scholz mit der Mitteilung entkräftet, daß die Berufung des Stadtverordneten Stolt in den Aufsichtsrat der Straßenbahnbetriebs-A.-G. demnächst erfolgen wird. — Eine Anfrage der Vp. hatte den

Abschluß einer ausländischen Anleihe

in Höhe von 3 Millionen Dollar zum Gegenstande, die der Magistrat aufgenommen hat, ohne die Versammlung zu befragen. Herr v. Cynern bezweifelte die Befugnis des Magistrats zu solchem Vorgehen. Vorsteher Gen. Haß verlas die schriftlich vom Magistrat gegebene Antwort, wonach es sich nur um eine kurzfristige, auf ein Jahr abgeschlossene Anleihe handle, die lediglich die städtischen Betriebsmittel verstärken sollte; die Finanz- und Steuerdeputation habe zugestimmt; eine Verwendung zu dauernden Anlagen sei nicht beabsichtigt. Kammerer Raebing ergänzte diese Auskunft; die Maßnahme hätte sich durchaus im Rahmen der laufenden Verwaltung. Ein

Kredit zu 7 1/2 Proz. jährlich

sei heute zweifellos billig, wo deutsche Banken noch heute Geld nur zu 3 Proz. monatlich hergeben. Er sei überzeugt, daß dieser Kredit aus den laufenden Einnahmen abgedeckt werden könne. — In der Besprechung machte sich Dethleffsen (Dnalt.) die Argumente v. Cynerns zu eigen und äußerte daneben auch sein Mißtrauen, ob der Magistrat das Geld auch für laufende Bedürfnisse verwenden werde; Dove (Dem.) dagegen sah das Abkommen als und für den Stadtschatz sehr günstig an. Stolt (Komm.) hinwiederum reklamierte das Recht der Versammlung, bei Anleihen mitzureden. — Gewaltige Entrüstung rief Gen. Cwag bei der gesamten Rechten hervor, als er ausführte: „Es ist ja bekannt, daß

die Reichstagsmandate der D. Vp. meistbietend verkauft

werden. (Vorsteher Gen. Haß hielt diesen Ausdruck für nicht parlamentarisch) ... aber ich hätte nicht geglaubt, daß das auch hierher übertragen werden würde in dem Sinne, daß die deutsche Großfinanz sich durch diesen billigen Auslandskredit geniert fühlt. Die Finanzdeputation habe das Projekt durchaus gebilligt. — v. Cynern verwahrte sich gegen die „beleidigenden“ Unterstellungen Cwags, blieb aber dabei, daß das Recht der Versammlung verletzt und illusorisch gemacht worden sei, denn der Magistrat werde diesen Vorgang jederzeit in der Zukunft als einen Freibrief für ähnliche Maßnahmen benutzen können. Während der folgenden Verhandlungen warf ein Tribünenbesucher waffenhaft bunte Flugblätter in den Saal, die marktschreierisch ein Buch „Berliner Juristen als Aufstiegsleiter“ ankündigten; der Zwischenfall blieb ohne ernstere Folgen. Zum von Stolt ausführlich begründeten Antrag der Kommunisten vom 2. Oktober, den Magistrat zu ersuchen, in der

Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern

die Rechte der Stadt Berlin zu wahren, führte Gen. Dr. Weinberg aus: Sechs Jahre nach der Einführung der Republik muß das deutsche und das preussische Volk mit dem damaligen Landesherren und seiner Familie über das sog. Hohenzollernvermögen verfahren! Die Revolution ist mit den Herrschaffen sehr milde umgegangen; Nicolai Romanow ist mit der Seinen nicht so gut davongekommen. Der Antragsteller hat schon an das Wort Bismarck von 1857 gelegentlich der Annexion von Kurhessen und Hannover erinnert, daß man das Recht des Volkes nicht abhängig machen könne von juristischen Zwangsätzen. Es wäre sehr zu wünschen, daß der neue Reichstag und Landtag diese revolutionäre Energie aufbrächte, wie damals Bismarck und das preussische Volk. Die ganze Frage gehört als eminent politische Frage nicht vor die Gerichte. Die Hohenzollern sind arm wie die Kirchenmäuse nach Pörschen gekommen. (Unruhe rechts.) Sie (nach rechts) brauchen ja doch den Bericht des deutsch-volkparteilichen Finanzministers v. Richter an den Landtag zu studieren, was alles jetzt als Hohenzollernvermögen deklariert wird! Auch aus Max Baumbachs „Hohenzollernvermögen“ können Sie sich informieren. 700 000 Morgen an Grund und Boden, 80 Schlösser, davon 28 in Berlin und Potsdam, sollen den Hohenzollern ausgemessen werden, ebenso das Kaiser-Friedrich-Museum usw. usw. Leider hat Feigheit des Bürgeriums und Uneinigkeit der Arbeiterklasse im November 1918 verhindert, daß das Erforderliche geschähe. Damals hätten die Herrschaften sich gestreut, wenn man ihnen das Leben garantiert hätte (wachsende Unruhe rechts); in den Jahren seitdem sind ihre Ansprüche immer höher gestiegen. Zuerst wollten sie nur 100 000 Morgen, jetzt 700 000, und nach Herrn v. Berg ist das

das Existenzminimum der kaiserlichen Familie

Die ganze Oberfläche der Erde würde nicht ausreichen, um auch nur jedem Deutschen dieses Existenzminimum zu garantieren. Das ist die sprichwörtliche „Bescheidenheit“ der Hohenzollern! Und wie sieht es im Volk aus? Es ist verelendet und expropriert, leidet Endes durch die Politik der Hohenzollern! Und in einer solchen Zeit wagt jene Familie es, mit solchen Ansprüchen zu kommen! Diesem Unfug muß auf verfassungsmäßigem Wege gesteuert werden; was sie erschafft, muß für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden! Vor die Gerichte gehört die Sache nicht. Unsere Richter sind zu neuem Jähneln noch heute monarchistisch eingestellt. Wir verlangen, daß Reichstag und Landtag die Möglichkeit erhalten, bei diesem Skandal die Interessen der Bevölkerung zu wahren. Das deutsche Volk hat es am 7. Dezember selbst in der Hand, dafür zu sorgen, daß das, was dem Volke gehört, diesem auch wieder zukommt! (Beifall links.) Ein Antrag Schallbach (D.Vp.), die für 7 Uhr angelegten Abstimmungen zu verlagern, weil sich die Reihen der Rechten bereits (7 1/2 Uhr) gelichtet hätten, wurde abgelehnt. Darauf verließen die Deutsch-Nationalen und die Deutsche Volkspartei den Saal, um Beschlußfähigkeit herbeizuführen; die Mitglieder der Demokraten, des Zentrums und die Wirtschaftspartei machten jedoch den Erobus nicht mit. Zunächst wurde der kommunistische Antrag, die Magistratsverfügung vom 15. Juli betr. Gewährung von Wohnung und Verpflegung an das Tarifpersonal für Kranken- und Pflegeanstalten aufzuheben, mit großer Mehrheit angenommen (sobald in namentlicher Abstimmung mit 109 gegen 14 Stimmen der Ausschussantrag, wonach der Magistrat auf die Heranziehung geeigneter Sachverständiger der Preisprüfungsstelle bei Strafverfolgungen wegen Wuchers usw. hinzuwirken soll. Weiter erlangte der vom Gen. Schmidtmann begründete Antrag bei Vorlegung von Bilanzen und dergleichen einen erläuternden Geschäftsbericht beizufügen, eine große Mehrheit, ebenso der Antrag der Demokraten, die Sommerferien der Berliner Schulen so zu legen, daß der 11. August, der Versammlungstag als Schulfesttag begangen werden kann. Zum Antrag betreffend des Hohenzollernvermögens sprach dann noch Hildebrandt (Dem.). Die Abstimmung wurde verschoben. Die vom Potsdamer Regierungspräsidenten für die Anlieger von Wassergrundstücken erlassene Gebührenordnung hat den Wasserzins gegen 1914 verfehrt und legt den Sportvereinen an der Obersee und privaten Anliegern unverhältnismäßige Lasten auf. Ein Antrag des Zentrums fordert vom Magistrat Erhebung des Einspruchs gegen diese Gebührenordnung und Erwirkung eines angemessenen Wasserzinses. Lange (Zentr.) beantwortete den Antrag, den auch Gen. Clajus in sehr wirklamer und nachdrücklicher Rede empfahl, indem er besonders auf den hohen und erziehligen Wert des Wassersports hinwies. Auch diese Abstimmung wurde ausgesetzt. Von der Erhebung der Hauszinssteuer wollen die Kommunisten in den Fällen abgesehen wissen, wo der steuerpflichtige Hauswirt die Steuer von Personen erheben muß, deren Jahresinkommen 5000 M. nicht übersteigt. Der Kammerer erwiderte, daß den Böwenantritt der Steuer der „Bater Staat“ beziehe, der auch allein auf eine Venderung des Gesetzes entscheiden könnte. Goh (Komm.) verttrat den kommunistischen Antrag, daß der Oberbürgermeister sofort vom Oberpräsidenten die Befähigung des Stadtrats Logtler als Mitglied des Berliner Magistrats verlangen solle. Nachdem der Studienrat Ausländer als Nachfolger des ausgeschiedenen Kommunisten Stadtrat Logtler vom Oberpräsidenten nicht bestätigt worden sei, müsse Logtler endgültig einberufen und damit dieser beruflichen Vergewaltigung einer großen Partei ein Ende gemacht werden. Bürgermeister Scholz teilte mit, daß der Oberpräsident am 4. November auch Logtler ohne Angabe von Gründen die Befähigung verweigert habe. Der Entrüstung der Kommunisten über die Nichtbefähigung des Logtlerberger unbedingten Stadtrats Logtler gab Gabel Ausdruck, der zugleich die Vermutung äußerte, daß der mit Hilfe der Kommunisten in Lichtenberg abgebaute Bürgermeister John (Soz.) sich auf diesem Wege an den Kommunisten habe rächen wollen. Gen. Accuziger hielt auch seinerseits das Verfahren des Oberpräsidenten für sehr anarisch. Stolt (Komm.) ging mit Schärfe gegen den Oberbürgermeister als den eigentlichen Inspirator dieser Kommunistenhege vor. Die Abstimmung wird in der nächsten Sitzung erfolgen. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Neue Milchpreise. Trotz weiterer Anpreisung der von der Berliner Milchverforgung G. m. b. H. eingerichteten Ausleihkaffe ist die durch das Ansetzen der Butterpreise bedingte Erhöhung der Vollmilchpreise nicht zu umgehen. Letztere betragen vom Sonnabend, den 27. d. M., ab für ein Liter Vollmilch ab Laden des Kleinhändlers 88 Pf., für ein Liter Vollmilch ab Kuchfall 87 Pf. Der Preis für Wagemilch bleibt unverändert auf 10 Pf. je Liter bestehen.

Der Mittelweg.

Don Sir Philip Gibbs.

Bertram fühlte nur ein dumpfes Staunen über die kalthütige Art, in welcher sie von diesen sie beide aufs tiefste berührenden Dingen sprechen konnte. Hatte sie denn ganz vergessen, daß sie ihn einst geliebt hatte? Bedeutete es nichts für sie, daß sie die Mutter seines toten Kindes war? War sie so herzlos, daß sie ohne heiße Tränen die tiefe Klüft sehen konnte, die sie voneinander schied, und in so ruhigen, kühlen Worten hier einfach Tatsachen hinstellte? Das konnte er nicht glauben. Herz und Seele sträubten sich dagegen. „Mein Lieb!“ sagte er, „mein Lieb! Laß uns doch keine so bitteren, furchtbaren Dinge sagen, weil wir gereizt sind. Was liegt denn an all diesen nichtigen, kleinlichen Meinungsverschiedenheiten? Sie sind nur flüchtige Schatten. Was allein zählt, ist unsere Liebe. Sie steht über allem. Ich will dir sagen, daß meine Liebe für dich unwandelbar und unzerstörbar ist, auch wenn du mir die letzte Zeit sehr weh getan hast. Aber die Erinnerung daran lösche ich aus. Was ich will, ist, daß du und ich wieder wie einst als Kameraden und als Gatten zusammen leben sollen. Dann gilt alles andere nichts. Unsere Meinungsverschiedenheiten? Gott, wie nichtig! Joyce, nimm mich zurück an dein Herz und in dein Bett, schenke mir wieder deine Schönheit und laß uns das Leben von vorn beginnen.“

Er neigte sich über sie, schlang die Arme um ihren Leib und suchte sie an sich zu ziehen. Aber sie schob schnell ihren Stuhl zurück und sprang auf.

„Was redest du für dummes Zeug,“ rief sie zornig, und zwei purpurne Flecken glühten auf ihren Wangen. „Du sagst, du liebst mich. Weshalb verhöhnt du denn immer meine Ansichten und meine Freunde? Warum benimmst du dich wie ein Tölpel meinen Verwandten gegenüber? Warum lästest du dich mit Parassiten und Pro-Deutschen und Revolutionären? Du sagst, du liebst mich, und redest sentimentales Zeug. Bitte, weniger Gefühl und mehr Ehrlichkeit! Dieses Anerbieten heute war ein Prüffstein für deine Treue. Am großen Sinne gegen das Vaterland, aber auch gegen mich, wenn ich wirklich etwas in deinem Leben bedeute. Und doch hast du es ausgeschlagen. Du hast die Prüfung nicht bestanden. Weißt du, daß du schon vom grob materiellen Standpunkt aus deinen Teil zum Haushalt beitragen und wenigstens deinen eigenen Unterhalt verdienen müßtest wie ein anständiger Mensch? Du erinnerst dich an das Wort, das ich

zu Kenneth sagte? Jetzt wiederhole ich es dir ins Gesicht. Du bist ein Verräter an allem, das ich hochhalte, das ich selber bin. Bis du nicht etwas getan hast, um dich wieder zu rehabilitieren, will ich nicht mit dir leben. Es ist entehrend.“

„Gott im Himmel!“ knirschte Bertram, weiß bis in die Lippen vor Wut und Gram. Dieses junge Geschöpf züchtigte ihn mit ihrer Zunge wie mit einer Peitsche. Sie legte sein ganzes Herz bloß, sie peinigete seine Seele. Und doch, wie sie ihm gegenüberstand, tropend und herausfordernd, liebte er sie mit heißester Leidenschaft, und ihre Schönheit füllte ihn mit Folterqualen.

Einige ihrer Vorwürfe, besonders sein Benehmen gegen ihren Verkehr, waren begründet. Aber was wollte das bedeuten! Verräter hatte ihn die grausame Stimme genannt, ihn, der das Vaterland mit derselben hungrigen Sehnsucht liebte wie sein junges Weib, der den Hauch der Heimatde mit so tiefer Rührung einsog wie den Duft von Joyces Haaren. Es war schändlich, daß sie solche Worte gesagt hatte. „Entehrend!“ Sie wollte nicht mit ihm leben, weil es entehrend war! Seiner selbst kaum mächtig, tat er einen Schritt auf sie zu und packte sie beim Arm. „In alten Zeiten hätte ein Mann sein Weib gepölscht für solche Worte. Ich hätte verdammte Lust, dich zu züchtigen.“

„Versuch's!“ sagte Joyce und atmete schwer. Er ließ ihren Arm los und starrte mit hängenden Armen und gebeugtem Kopf zu Boden. Eine Minute, die eine Stunde zu währen schien, herrschte tiefes Schweigen zwischen den beiden. Jetzt weinte Joyce zum ersten Male. Sie hatte den Kopf von ihm weggewandt.

Endlich sprach er: „Es sieht so aus, als hätte ich einen schweren Irrtum begangen. Ich dachte, du liebst mich noch, auch wenn du dich von mir entfernst hast. Aber es scheint, als ob all deine Liebe, die du einst empfunden hast, so ist wie dein kleines Kaminfeuer hier: immer nur schwach und leuchtet ganz am Erlöschen. Weshalb das so kam, weiß Gott! Ich weiß es nicht. Aber es ist schade darum. Vielleicht ist es teilweise meine Schuld. Mög'ich, daß ich es noch einmal einsehe. Aber heute abend bist du teuflisch gegen mich gewesen. Morgen gehe ich. Wenn du mich jemals wieder zurückerst, werde ich kommen.“

Er stand in der Tür und sah nach ihr zurück; sie stand neben dem schmalen Bett, in dem sie als Kind geschlafen, den Körper von Schluchzen geschüttelt und mit abgewandtem Gesicht. Er konnte so nicht von ihr scheiden.

Noch einmal sprach er ihren Namen aus: „Joyce!“ Sie antwortete nicht. Da ging er hinaus und drückte die Tür hinter sich zu. Am nächsten Morgen verließ er Holme Ottern vor dem Frühstück und fuhr nach London zurück, aber nicht in das kleine Haus in der Holland Street. Er fuhr in das Haus seiner Mutter und bat um sein altes Zimmer.

28.

Mrs. Pollard war erstaunt und bekümmert, als ihr Sohn ihr mitteilte, daß er sein altes Zimmer für ein paar Wochen beziehen möchte. Trotz seiner absichtlich unklaren Begründungen erriet sie, daß zwischen ihm und Joyce etwas nicht stimmte.

Er gab zu verstehen, daß Joyce durch den Verkauf von Holme Ottern bodenlos erregt sei und möglicherweise noch einige Zeit dort bleiben würde, um die letzten Tage im alten Heim zu verleben. Er aber haßte die Einsamkeit und zog es vor, hier sein altes Jungselbheim wieder zu beziehen, statt allein in Holland Street zu hausen. Und dann wäre es auch so schön, wieder mit der Mutter zusammen zu sein. „Freut's dich nicht auch, Mütterchen?“

Er mußte noch durch die Demütigung hindurch, sie um etwas Geld zu bitten, aber für sie war das Geben eine Herzensfreude. Sie schrieb ihm einen Scheck aus, der ihm für ein Jahr genügte und sagte dabei: „Mit meiner Liebe und meinem Segen, mein Junge.“

Daß er ihr etwas verbar, wußte sie. Sein Gesicht, in dem sie wie in einem offenen Buche las, zeigte ihr, daß er an einer heimlichen Wunde litt, die furchtbar schmerzte. Sie lag die Nächte wach und lauschte auf seine Schritte über ihr, die unermüdetlich auf und abgingen, und manchmal hörte sie ihn stöhnen wie eine gemarterte Seele. Aber am Morgen zeigte er stets ein ruhiges Gesicht.

Ihr Gatte, Michael, sah kein Geheimnis in dem Heimkommen seines Sohnes, sondern bedauerte nur die größere Arbeit für die Diensthofen. Er hegte eine achtungsvolle Bewunderung für Joyce als die Tochter des Grafen von Ottern und konnte, wie er sagte, ihr Gefühl für das alte, schöne Schloß wohl begreifen. Bertram würde ihm hoffentlich jede politische Auseinandersetzung bei ihren so grundverschiedenen Ansichten ersparen und auch keine peinlichen Episoden wieder aufrollen. Damit spielte er, wie seine Frau wußte, auf die Deutschenheit seiner ältesten Tochter und Susans irisches Abenteuer an. (Fortsetzung folgt.)

Edener im Rundfunk.

Es waren gewiß Hunderttausende, die gestern abend 6 Uhr in Berlin und weit darüber hinaus mit dem Kopfhörer am Ohr oder vor dem Lautsprecher gespannt darauf warteten, daß die Worte ertönen: „Achtung, Achtung! Hier ist Berlin. Sie hören jetzt Herrn Dr. Edener, den Führer des Luftschiffes „Z. R. 3.“ Die Ankündigung der Funkstunde wurde pünktlich erfüllt. Ohne feierliche Begrüßung durch den Ausleger, ohne einen Hinweis, der in diesem Fall nicht als störende Ueberhörschwärze empfunden worden wäre, auf die Bedeutung des Redners, begann Dr. Edener seinen Vortrag.

In der Einleitung zog er einen Vergleich zwischen der Fahrt des „Z. R. 3.“ und dem Weg Deutschlands, das dem Ziel zusteuere, wieder gleichberechtigt und allgemein anerkannt in der Welt zu werden. Dann berichtete Dr. Edener über den zweiten Teil der Fahrt von den Azoren bis New York. Er schilderte noch einmal die scholerischen und bis zum Sturz gesteigerten Weiterverhältnisse auf dem westlichen Atlantik, die das Luftschiff zwingen, den geraden Westkurs zu verlassen und weiter nach Norden zu segeln, als ursprünglich geplant war. Den Hörern wurde dabei, so schlicht auch die Worte des „Z. R. 3.“-Führers waren, die ungeheure Spannung wieder lebendig, mit der wir alle den Flug des Luftschiffes damals verfolgt haben. Mit der Schilderung des beispiellosen Jubels, in dem ganz New York ausbrach, als „Z. R. 3.“ über der Riesenstadt erschien, schloß die Schilderung der Fahrt. Der Redner knüpfte eine Kennzeichnung der Begeisterung und Heiligkeit an, mit der ganz Amerika das Meisterwerk deutscher Technik begrüßt hat, und er schloß daraus die Hoffnung, daß von diesem Beweis deutschen Könnens eine Zeit wachsender deutsch-amerikanischer Freundschaft ihren Ausgang genommen habe. Die Errichtung eines ständigen Ozeanluftverkehrs sei eine bereits näher zu sein, auch deutsches Kapital müsse sich an der Unternehmung beteiligen, deren finanzielle Grundlage im übrigen Amerika wieder bereitstellen werde.

Zum Schluß beantwortete Dr. Edener die sich an ihn gerichtete Frage nach dem Anteil Dr. Dürrs und Dr. Arnsteins an der Schöpfung des „Z. R. 3.“ dahin, daß die Grundidee, wie auch die politische Ausföhrung zum allergrößten Teil auf Zeppelin selbst zurückzuführen sind und daß die Fortführung der Chefkonstruktion bis 1915 Dr. Dürr, seitdem Dr. Arnstein oblag; beide haben große Verdienste und beiden wäre so erfolgreiche Arbeit nicht möglich gewesen, ohne die Hilfe der praktischen Erfahrungen, die mit den Zeppelin-Luftschiffen gemacht werden sind. Dr. Edener hat sich jedenfalls zu den vielen Denksagen, die ihm schon ausgesprochen worden sind, auch nach den stillen Dank der Anwesenden erworben, die er gestern abend als unsichtbare Zuhörer gehabt hat.

Dr. Edener bittet allen, die ihm bei der Rückkehr von der Amerikafahrt Glückwünsche und Grüße und sonstige Aufmerksamkeiten aller Art sandten, hierdurch seinen herzlichsten Dank auszusprechen zu dürfen.

Zur Spritshiebungsaftäre Weber und Genossen.

Zu der großen Spritshiebungsaftäre Weber und Genossen wird gemeldet, daß Weber und auch der Kriminalkommissar Peters, die verhaftet wurden, jetzt aus dem Untersuchungsgefängnis ins Lazarett übergeführt worden sind. Die beiden Angeklagten sollen hier außerordentlich streng bewacht werden, damit sie mit der Außenwelt keinen Verkehr aufnehmen können. Es besteht nämlich die Gefahr, daß Weber, der noch jetzt über sehr beträchtliche Geldmittel verfügt, finanzielle Transaktionen vornimmt, die den Tatbestand nur verschleiern würden.

Wie jetzt mitgeteilt wird, forschte die Staatsanwaltschaft nach dem Verbleib eines größeren Betrages, den Weber, wenn nicht alle Angaben trügen, in England deponiert hat. Weber besaß nämlich in Southampton ein großes Grundstück mit Fabrikgebäuden und Lagerhallen. Das Inventar und die Gebäude waren bei einer englischen Gesellschaft in Höhe von 25 Millionen Goldmark verpfändet. Eines Tages brannte die Fabrik aus und das Feuer sprang auch auf die Lagerhallen über, in dem sich Häuser befanden. Nach Angabe Webers sollen diese Häuser mit Trindbranntwein gefüllt gewesen sein, während die Versicherungsgesellschaft zu dem Verbot Grund zu haben glaubte, daß still des Spritus nur Wasser in den Fässern war. Man verlangte eine behördliche Untersuchung und Weber beauftragte den ihm befreundeten Kommissar Peters mit der Untersuchung der Angelegenheit. Peters vernahm Weber und erklärte in einem Protokoll, daß die Häuser tatsächlich Trindbranntwein enthielten hätten. Daraufhin erhielt Weber die Versicherungssumme in Höhe von 25 Millionen Mark ausgezahlt. Von diesem Gelde ist nach den bisherigen Ermittlungen nur eine Million nach Deutschland übermittlel worden, während der Rest von Weber auf einer englischen Bank deponiert sein soll. Die Untersuchung in dieser Riesenspritshiebungsaftäre wird aller Voraussicht nach noch weiter ausgedehnt werden. Im Ausschusssrat der von Weber gegründeten „Deutschen Spirituosenwerke“ saßen außer den früheren Direktoren der Deutschen Reklambank Bud und Freißler u. Reibitz auch Generaldirektor Blumenthal, der Spindler mehrerer Verbände der Spirituosenbrände, der Fachmann war. Es soll nun nachgeprüft werden, ob diese drei Herren rechtzeitig gegen die Ankäufe der tiefsten Spirituosenpreise erhoben haben, da sie wissen mußten, daß diese Käufe des Kontingent der Deutschen Spirituosenwerke überstiegen.

Oeffentl. Wählerversammlungen

heute, Freitag, 28. November, abends 7 1/2 Uhr:
Wedding: Pharusfäse, Müllerstr. 142. — (14. Abl.): Schweinmünder Gesellschaftshaus, Schweinmünder Str. 42.
Dreylauer Berg (29. Abl.): Schulaula Senefelderstr. 6.
Kreuzberg (48. Abl.): Bilehng, Wasserstr. 68.
Spandau: Germaniafäse, Streifowplatz.
Wilmersdorf: Biltorlagarten, Wilhelmshöhe 114.
Tempelhof: Wilhelmshöhe, Berliner Str. 49.
Lichtenrade: Sietler, am Dorfplatz.
Köpenick: Aula Körner-Schule, Lindenstr. 11.
Buchholz: Rossack, Hauptstr. 71.
Mahlisdorf: Riffelst. Hömmer Str. 49.
Schwanebed: bei Pirau.

Redner: Aufhäuser, Bartels, Hänisch, Ad. Hoffmann, Heintz, Künstler, Klotz, Veid, Lüdemann, Stampfer, Niedisch.

Sonnabend, 29. November, abends 7 1/2 Uhr:

Lichtenberg (119. Abl.): Neue, Köderstr. 60.
Biesdorf: Diehe, Biesdorf-Süd, Köpenicker Straße.
Kaulsdorf-Süd: im Jägerheim.
Wilhelmshagen: Gasthof zum Bahnhof.
Tegelort: Hermann, Scharfenbergstraße.
Redner: Felgentreu, Lempert, Veid, Reimann, Reuter.

Sonntag, 30. November:

Marzahn: Schule, nachmittags 3 Uhr.
Jalkenberg b. Weihensee: Karl Meyer, Dorfstraße, nachmittags 2 Uhr.
Blankenfelde: bei Stab, nachmittags 3 Uhr.
Redner: Lempert, Vise, Raderholz.

Oeffentl. Frauenkundgebungen

heute Freitag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr:

Dreylauer Berg: Ledigenheim, Pappelallee 15.
7. Kreis Charlottenburg: im „Türkischen Zelt“, Berliner Straße 53. — Referentin: Frau Adele Schreiber-Krieger.
Lichtenfelde: Realgymnasium Drakestr. 82/83.
Rednerinnen: Minna Lodenhagen, Anna Ceyer.

Beamten-Versammlungen

heute, Freitag, 28. November, abends 7 Uhr:

Feuerwehrbeamte Groß-Berlins: Aula der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 16/17. — Thema: Wen wählen wir in den neuen Reichstag? — Ref.: Stadtverordneter Leichte.
Bernau: Eistum. — Thema: Die Beamten und der 7. Dezember 1924. — Referent: Landgerichtsrat Genosse Ruben, Berlin.
Treprow: Schulaula Niederhahnweide. — Referent: Genosse Stadtrat Wermuth.

Sonnabend, den 29. November, 1 Uhr nachmittags:

Oeffentliche Kommunalbeamtenversammlung: im Bürgeraal des Rathauses. — Tagesordnung: Wie wählen die Kommunalbeamten? — Referent: Bürgermeister Genosse Veid.

Verdampfung des Reichsbanners in Nikolassee.

Die „Bildung“ jener Herrschaften, die sich auf diese ihre angebliche Bildung besonders viel zugute halten und doch im allgemeinen wenig oder nichts davon besitzen, kann wieder einmal besonders deutlich zum Ausdruck kommen. Am Mittwochabend in dem Restaurant von Wehler in Nikolassee in einer demokratischen Versammlung eine Frau sprach. Diese ganz und gar rüchlos und zum Teil geradezu pöbelhafte Art, mit der die Rednerin besonders auch im Schlusswort unterbrochen wurde — ein Herr „Dr. Weber aus dem Saargebiet“ tat sich besonders hervor — kennzeichnete den „Bildungsgrad“ dieser Nikolasseeer Urlich-Nikolassee, die in ihrer Ständerede zusammengeschart ein herrliches Bild für einen Karikaturzeichner boten. Als die Rednerin im Schlusswort ebrnd des Reichsbanners gedachte, brüllte einer dieser Herren: „Reichsbanner Koller“. Sofort, von den Zuhörenden Reichsbannerweibern, die den Saal durch bildeten, gestört, schwan er gegen die sämtlich Unbewussteten drohend seinen Stod. Das nährte ihn aber nichts, er mußte, plötzlich von allem Heiligkeit verlassen, angsterbebt und schlauernd zum Ausgang, der ihn als einen Herrn Müller, Nikolassee, Prinz-Friedrich-Beepold-Straße 36, jenseits. Das Adressbuch weist den Herrn als einen Bergwerksdirektor a. D. aus. Die Suppe, die er sich mit keiner unerbörten Verdampfung des Reichsbanners eingebracht hat, wird er ja nun auch ausstoßen können. Die Versammlung wurde trotz des Zwischenfalls dank dem Schutz des Zehndorfer Reichsbanners plant zu Ende geführt. An derselben Stelle war einige Tage vorher Ehen-Geister von dem Genossen Breuer derart abgeführt worden, daß er unter dem Hotengeld der Anwesenden die Versammlung verlassen mußte. Ein merkwürdiger Mann ist der Wirt Wehler, der dem Reichs-

banmer das Betreten der öffentlichen Versammlung in seinem Lokal verbieten wollte.

An demselben Abend wurde eine deutchnationale Versammlung in Potsdam von dem Sprecher des zahlreich anwesenden Reichsbanners derart umgestimmt, daß diese deutchnationale Versammlung mit einem Hoch auf die Republik und Schwarzrotgold geschlossen wurde.

Das Geständnis eines Mörders.

Der 22jährige Anecht Otto Tressau, der wegen Ermordung der 30jährigen Hausangestellten Reia Fischer in Wignitz am 18. November d. J. durch den Spruch der Potsdamer Schwurgerichte zum Tode verurteilt worden war, ist bis zur Vollstreckung des Urteils im Potsdamer Gefängnis untergebracht. Hier hat Tressau jetzt ein Geständnis abgelegt, den wohlüberlegten Mord begonnen zu haben. Bis her bestritt Tressau, die Tat mit Vorlag ausgeführt zu haben. Demnach hatten er und der wegen Weibhise zum Tode zu sieben Jahren Gefängnis verurteilte 17jährige Schmiedelehrling Hermann Schulz das Mädchen bereits an dem Dienstag, der der Mordtat vorausging, umbringen wollen. Dem Vorhaben stellten sich aber Hindernisse entgegen, so daß die Tat erst am Sonntag ausgeführt werden konnte. Tressau hat gestanden, daß er bereits tagelange vorher mit Schulz darüber verhandelt habe, wie man das Mädchen verschwinden lassen könnte, damit er nicht die Vaterpflichten zu übernehmen brauche. Schulz sei von Anfang an bei der Tat zugegen gewesen. Nun haben sowohl der Oberstaatsanwalt Pfaffe, dessen Antrag ebenfalls auf gemeinlich Mord hinausginge, als auch beide Verteidiger dem Mörder Tressau und Schulz die Revision angemeldet.

Das Urteil gegen Adebarr u. Co.

In dem großen Darlehensschwindelprozeß gegen die Kaufleute Adebarr und Blume, der seit Montag das Schöffengericht Schöneberg unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Schneider beschäftigt, wurde eine große Reihe von Zeugen vernommen. Ein Teil von ihnen hatte kleinere Darlehen bekommen, wenn auch weniger, als ihnen in Aussicht gestellt worden war. An einigen Stellen war es den Darlehensnehmern gelungen, die eingehaltenen Vorläufe und Provisionen auf ihr Drängen hin zurückzubekommen. Der Bührer der Angelegenheit wurde fest, daß die Angeklagten nach Abzug ihrer Unkosten in sechs Wochen 10000 Goldmark reine Einnahme aus ihren „Darlehensgeschäften“ gehabt hätten. Sie hätten gegenüber in Aussicht gestellten 25 Millionen nur 5000 Mark im ganzen ausgezahlt. Staatsanwalt Schaffrat Koch beantragte gegen Adebarr 1 Jahr 3 Monate, gegen Blume 2 Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts Adebarr zu 1 Jahr 3 Monaten, Blume zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung der neunmonatigen Untersuchungshaft.

Eine neue Brücke am Müggelsee.

Eine wichtige Verkehrsverbesserung für den Berliner Ausflugsverkehr ist voraussichtlich im Laufe des nächsten Sommers zu erwarten. Die Köpenicker Bezirksversammlung stimmte gestern einer Vorlage des Bezirksamtes zu, nach der an Stelle der jetzt betriebenen Fährte zwischen Friedrichshagen und dem Müggelsee eine Fußgängerbrücke eingerichtet werden soll. Der Kostenaufwand für das Projekt beträgt circa 500000 Mk. Der Verkehr an der Fährte hat sich derart entwickelt, daß schon aus Sicherheitsgründen der Bau der Brücke unabweislich ist. Eine Brücke für Wagenverkehr soll später weiter oberhalb angelegt werden, so daß der Verkehr von Friedrichshagen direkt in Richtung Bendischke geleitet werden kann. Hoffentlich wird das von den Einwohnern Friedrichshagens seit langem erwünschte Projekt von der Stadtverordnetenversammlung ohne Schwierigkeiten verabschiedet, dann wird es möglich sein, die Brücke noch im Frühjahr des nächsten Jahres herzustellen. Der Ausflugsverkehr würde davon bedeutende Vorteile haben.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich an der Ecke der Charlotten- und Dorotheenstrasse zwischen einem Autobus der Linie 5 und einem Straßenbahnwagen der Linie 75. Dabei wurden verletzt: Frau Ilse Raab Hof aus der Krillereckstraße (Kerenshof), der Kaufmann Fritz Obst aus der Französischen Straße (Schnittwunden im Gesicht) und der Kaufmann Karl Hause aus der Obenstraße (ebenfalls Schnittwunden im Gesicht). Die drei Verletzten wurden der nächsten Rettungsflelle zugeführt, wo man ihnen die ersten Verbände anlegte. Frau Raab Hof mußte dann durch einen Polizeibeamten nach ihrer Wohnung gebracht werden.

Starker Sturm in England. In Großbritannien und im Kanal herrscht starker Sturm. Der Kreuzer Calliope ist ausgelassen, um den in Seeot befindlichen Schiffen Hilfe zu leisten. Die Schifffahrt ist vielfach unterbrochen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat, 2. Hof, 3. Temp. rechts, zu richten.

4. Kreis Dreylauer Berg, Sonnabend, den 28. November, 3 Uhr, Sitzung des einseitigen Reichsbannerkomitees mit den Abteilungsleitern und Referenten bei Frau Brandauer, Wilm. 119.
6. Kreis Kreuzberg. Die „Müllerin“ ist morgen, Sonnabend, abzuholen für die 29. Abl. beim Partier, Lindenstr. 3; 40. Abl. bei Reuter, Bodeberger Straße 30; 41. Abl. bei Schult, Wilmersdorfer Str. 5; 42. Abl. bei Müller, Wilmersdorfer Str. 49; 43. Abl. bei Wolf, Götterstr. 26; 44. Abl. bei Müller, Wilmersdorfer Str. 45; 45. Abl. bei Berisch, Wiener Str. 30; 46. Abl. im Lokal Eichen, Wilmersdorfer Str. 47; 47. Abl. im Lokal Kustauer Str. 1; 48. Abl. in der Spielbühne Wilmersdorfer Str.

Die Plümpen Savin kauft schon jetzt zu Weihnachten

Kinder-Kamohaar-Schnallenstiefel, pr. Kavaliersstiefel, mit Filzsohle, n. Leder, extra stark Leder, n. Filzsohle, 31/32 3,75, 35/36 3,25, 37/38 2,75

Kinder-Schnallenstiefel aus prima Filzstoff, n. Leder, besetzt n. extra stark Leder, n. Absatz, für 4,50, 27/28 3,00

Kinder-Schnürstiefel pr. echt Kindbox, in bequem. br. Form, n. stark Leder, ohl., pr. Qual., 50/50 5,50, 51/50 5,50, 52/50 5,50, 53/50 5,50, 54/50 5,50

Damen-Hauschuhe farb. pr. Filzsohle, n. Laeche u. Unschl., extra gr. Pöppeln, n. prima Leder, n. extra bill., schöner Geschenkartikel...

Damen-Tuchomaschen prima Filzstoff, beste Qual., mit Lederpassel, 10 Knopf, in allen Größen und verschiedenen Farben...

Damen-Atlas-Spangenschuh prima schwarz Atlas, n. rinner Spange, elegant mod., Form n. neuester Absatz, pr. Qual. hervorrag. bill.

Damen-Lack-Spangenschuh prima Lackleder, in modern. spitzer Form, n. elegant. Spang- und Absatz, bestmöglich bill.

Herren-Haibschuhe l. schwarz n. braun echt Ziegen ed. n. Laeche, warm, Fuß, extra stark Leder, n. Fleckabs., n. Qual., Filz u. Strasse

Herren-Schnürstiefel pr. Kindbox, eleg. halbrund, Form, solide vorstgl. Verarbeitung, bequem, Strassen- u. Straspazierstiefel extra billig

Herren-Sportstiefe. pr. schw. Sport-, bequem, breit. Form, wasserd. Futter, extra stark Doppell., f. Sport u. Touren geign.

Stillner



HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf nur soweit Vorrat

Schriftliche Bestellungen werden prompt erledigt. Bei Aufträgen nach auswärts vergüten wir für je 25,- M. je 80 Pf. für Porto bzw. Verpackung

Mangennabgabe vorbehalten

Frisches Fleisch

Schweineschinken u. Blatt	Pfd. 95 Pf.
Hammeldicke Rippe	Pfd. 65 Pf.
Hammelrücken	Pfd. 70 Pf.
Hammelkeulen	Pfd. 85 Pf.
Kalbskamm	Pfd. 70 Pf.
Kalbskeulen und -brust	Pfd. 85 Pf.
Kasseler R. p. speer	Pfd. 1 20
Schweineköpfe (nicht gepökelt)	Pfd. 33 Pf.
Ochsansuppenteisch (gefroren Pfd.)	55 Pf.
Rindsgulasch (o. Knochen, gefroren Pfd.)	50 Pf.
la Rinderherzen (gefroren Pfd.)	35 Pf.

Gemüse u. Obst

Weisskohl	Pfd. 3 Pf.
Wirsingkohl	Pfd. 5 Pf.
Rotkohl	Pfd. 5 Pf.
Grünkohl	Pfd. 5 Pf.
Järk. Rübchen	Pfd. 6 Pf.
Jauerzwiebeln	Pfd. 25 Pf.
Jellerie	Pfd. 22 Pf.
Castorenbirn.	2 Pfd. 25 Pf.
Schöpfel	Pfd. 10 Pf.
Lafeläpfel	2 Pfd. 35 Pf.

Räucherwaren

Bücklinge	Pfd. 60 Pf.
Sprossen	Pfd. 55 Pf.
Pom. Fundern	Pfd. 45 Pf.
Schellfisch	Pfd. 40 Pf.

Fische

Schollen	Pfd. 12 Pf.
Steinbutten	Pfd. 25 Pf.
Schellfisch	Pfd. 30 Pf.
Seelachs o. K. l. g.	Pfd. 36 Pf.

Wurstwaren

Rotwurst	Pfd. 60 Pf.
Landleberw.	Pfd. 65 Pf.
Fleischwurst	Pfd. 1 00
Hör. Leberwurst	Pfd. 1 10
Grobe Mettw.	Pfd. 1 20
Jagdwurst	Pfd. 1 40
Mottwurst	Pfd. 1 45
Teewurst	Pfd. 1 50
Salamiwurst	Pfd. 1 80
Zerelatwurst	Pfd. 1 90

Wild u. Geflügel

Kaninchen gestr.	Pfd. 1 00
Hasen gestr.	Pfd. 1 40
Gänsestückenfl.	Pfd. 1 05
Gänsekeulen	Pfd. 1 05
Gänseklein mit Magen	2 00
Gänsehautfett	Pfd. 1 70

Kolonialwaren

Weizenmehl	Pfd. 19 Pf.
Auszugsmehl	Pfd. 23 Pf.
Kartoffelmehl	Pfd. 23 Pf.
Mohnblau	Pfd. 80 Pf.
Kokosnuss	Pfd. 85 Pf.
Rosinen	Pfd. 70 Pf.
Korinthen	Pfd. 75 Pf.
Sultanen	Pfd. 80 Pf.
Mandeln	Pfd. 20 Pf.
Zitronat	Pfd. 3 00

Butter und Käse

Margarine	Pfd. 82 Pf.
Rinderfett	Pfd. 72 Pf.
Kokosfett	Pfd. 75 Pf.
Camembert	Pfd. 38 Pf.
Romatourkäse	Pfd. 38 Pf.
Harzer Käse	Pfd. 60 Pf.
Dän. Gouda	Pfd. 60 Pf.
Tilsiter Käse	Pfd. 1 00
Edamer Käse	Pfd. 1 10

Gemüse- u. Obstkonserven

Junger Spinat	64 Pf.
Jg. Bohnen	84 Pf.
Jg. Bohnen I	1 00
Karotten geschnitten	45 Pf.
Junge Karotten	72 Pf.
Erbsen mit Karotten	84 Pf.
Junge Erbsen	58 Pf.
Junge Erbsen I	85 Pf.
Junge Erbsen II	1 38
Junge Erbsen III	1 80
Tomatenpüree	80 Pf.
Pfefferlinge	1 15
Steinpilze	1 37
Stang.-Spargel	2 50

Zucker	31
Vollmilch	1 00

Schinkenspeck	1 68
---------------	------

Roter Johannisbeerwein	95 Pf.
„Cider“	95 Pf.
Apfelwein	95 Pf.

1922er Dürkheimer Rotw.	1 10
1922er Pomerol-Rotwein	1 16

1922er Oberh. Maikammer	75 Pf.
1921er Alsterweller Letten	1 17



VERGRÖßERT

die Konfektions-Abteilung und lädt den Käufer an. Nach dem Umbau umfasst das L. Stadtwert unseres Hauptgeschäftes folgende Abteilungen:

Knaben-Kleidung
Jünglings-Kleidung
Herren-Kleidung
Sport-Kleidung
Schöfför-Kleidung
Leder-Kleidung

KOHLEN & JÖRING ALEXANDERSTR. 12
GESCHÄFTE IN ALLEN STADTTTEILEN

Bekleidungswerkstätte der Berl. Gewerkschaften

G. m. b. H.

Einmaliges Sonderangebot!

Großer Posten Pilot-Hosen 3,95

Herren - Ulster und Anzüge, Oberhemden
 Krawatten, Handschuhe, Hüte, Trikotagen

Schuhwaren
 Maßabteil. für feine Herrenschneiderei

Zur Reichstagswahl groß. Fahnenverkauf
 Zimmerstraße 68

Ernst Riedel,
 Apotheker, Münchener Str. 34, nebenbei
 beste sein 15. Lebensjahr.
 Unsere herzlichsten Glückwünsche
 90. Jah. Geburtstag.

Wenn Husten, Heiserkeit Dich plagt,
 so nimm „Bronchial“, das nie versagt.

Deutschlands führendes Hustenpräparat

Trauringe
 14 Karat, 500 gef., von 10 Karat an
 8 Karat, 350 gef., von 4 Karat an
 in allen Größen vorrätig am Lager.
 Auch finden Sie eine große Auswahl
 in Juwelen, Uhren und Silberwaren
 zu einem billigen Preise.

Butterfabrik
 Berlin O., Hauptstraße 44
 gegenüber Sanborn

„Bronchial“ flüssig, „Bronchial“ Tabletten

in Apotheken erhältlich

Vertreter: Paul Grundmann, Friedrichstr. 208, Ztr. 11160.
 Gross-Niederlagen: Th. Teichgraber, Akt.-Ges. F. Reineck, Akt.-Ges. C. W. Harms, Akt.-Ges. G. m. b. H. Hagedorn, Akt.-Ges.

Der gute Kapitän-Kaufabak
 C. Becker, Berlin
 Lichtenberger Straße 2, Kgl. 361

Herrengarderobe
 An die Winter- u. Sommer-Moden
 anziehende, leicht zu
 führenden, zu
 kausen auf Teilzahlung
 durch Charif, Sing. u. Co. Dresdener Str.
 112, im Laden, Friedrichstr. 1, 1. Oberst. ungenannt.

Neu eröffnet!
Kredithaus Diskret
 Große Frankfurter Str. 77
 Nähe Alexander-Platz

Auf Kredit

Herren-Anzüge • Herren-Ulster
 Damen-Konfektion
 Gardinen • Steppdecken • Inletts
 Handtücher • Hemdentuche
 Bettmatten • Bettwäsche
 Tischwäsche • Damenwäsche
 Strickwesten usw.

Waren für 30 Mark Anz. 6 Mark
 Waren für 50 Mark Anz. 10 Mark
 Waren für 75 Mark Anz. 15 Mark
 Waren für 100 Mark Anz. 20 Mark usw.

Abzahlung nach Übereinkunft!
 Bitte, genau auf meine Firma zu achten!

Garderobe auf Kredit
 für Herren u. Burschen

Kleine Anzahlung!
 Kleine Abzahlung!
 Kleine Preise!
 Große Auswahl!

Landwehr,
 Müllerstraße 7, vorn 1 Tr.
 am Weddingplatz.

Gänse

Fette Suppenhühner, Junge Hühner, Junge Tauben.
 Rirschfleisch Pfd. 0,90 - 1,20 M. Rebhühner Pfd. 1,50 M.
 Frische Waldnasen / Gespickte Hasen.
 O. Elsholz, Hubertushaus, Alexanderstr. 2
 A. 1922-812-373

Trotz Teilzahlung Garderoben

geringste Anzahlung und Abzahlung
 kaufen Sie bei uns gutstehende

Quaitätswaren zu denkbar niedrigsten Kassapreisen
 Herren-Anzüge neueste Form 80,- 68,- 45,- 37,-
 Herren-Mäntel aus gut Stoff 89,- 78,- 62,- 43,-
 Damen-Mäntel in versch. Ausf. 91,- 76,- 65,- 39,-
 Bei Barzahlung 10% Rabatt
 Bei Zahlung innerhalb 2 Monaten 5% Rabatt
 Gekaufte Gegenstände geben wir gleich mit

Central-Garderobenhaus
 Weinmeisterstr. 3, 1 Treppe
 nahe Hauptbörse

Ulster 28, Jackett-Anzüge 30, Damenmäntel 25 M, Extra-Angebote in Pelzwaren: Kreuzfische 10 gebt., Ziegen 15, Sportpelz: 85, Gehpelze 125, Pelzmäntel, Pelzjacken, ferner Teppiche, Wäse, Gardinen, Schuhe usw. = enorm billig = im **Leinhaus Moritzplatz 38a** Lombardware.

Auf zur Wahlarbeit!

Parteigenossinnen und Genossen!

Die Tage der Entscheidung sind gekommen. Am 7. Dezember sollen die Wähler durch die Abgabe ihres Stimmzettels ihr Urteil darüber fällen, ob die vom Reichstag und von den Landtagen bisher betriebene Politik fortzusetzen ist oder ob neue Bahnen eingeschlagen werden sollen.

Die letzten Wahlen in Hamburg, in Mecklenburg, in Anhalt haben gezeigt, daß das werktätige Volk der Katastrophenpolitik überdrüssig geworden ist. Die Sozialdemokratische Partei hat überall an Stimmen beträchtlich zugenommen, während die Parteien des Besitzbürgerblocks ebenso wie jene Parteien, die das Unglück des deutschen Volkes für ihre Zwecke mißbraucht hatten, außerordentlich starke Verluste erlitten. Diese Wahlen waren gute Vorzeichen für den Entscheidungstag am 7. Dezember. Nunmehr gilt es, das Werk zu vollenden.

Außerordentlich bedeutungsvolle Aufgaben sind in der nächsten Zeit zu lösen. Die bestehenden Klassen müssen daran gehindert werden, den Hauptteil der Lasten aus dem verlorenen Krieg auf die Schultern des arbeitenden Volkes abzuwälzen. Sie müssen gehindert werden, ihre Ziele zu verwirklichen: Zollmücher, Arbeitszeitverlängerung, Lohnherabsetzung, Steuerabwälzung.

Aus der Abwehr gegen die reaktionären Pläne der Reichsparteien muß das arbeitende Volk übergehen zum Kampfe für den wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Aufbau, für die Befreiung der furchtbaren Zustände in der heutigen menschlichen Gesellschaft, für die Verwirklichung der Ziele des Sozialismus.

Mit Begeisterung ist die Sozialdemokratische Partei in den Wahlkampf gezogen, mit Hingabe und Opferwilligkeit sammelt sich das arbeitende Volk um das stürmerprobte Banner des Sozialismus. Laßt uns jetzt mit zum äußersten gespannter Schlagkraft zum letzten Angriff ausholen! Wir müssen die Reaktion so niederwerfen, daß sie sich niemals wieder erholen kann!

Der 7. Dezember muß der Arbeiterklasse diejenige Stellung in Befreiung und Vermaltung sichern, die ihr nach ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung zukommt.

Parteigenossinnen und Genossen! Rührt die letzten Tage vor der Entscheidung zur intensivsten Wahlarbeit aus. Rüttelt die Lauen auf, überzeugt die Schwankenden, stärkt die sozialistische Front!

Stellt euch alle in den Dienst der Wahlarbeit, damit der 7. Dezember ein Siegestag des schaffenden Volkes werde.

Hoch die Sozialdemokratie!

Zum Stimmenkauf der Großindustrie.

Geld für die Reaktion — kein Geld für die Arbeiter.

Zu unseren Enthüllungen über den Stimmenkauf, den die Arbeitgeberverbände beschwichtigen, geht uns folgende bittere Kreuzerung aus Angestelltenkreisen zu:

Poesie.

Herrn E. v. Borjig in Ehrfurth...

Wer nie bei Ambl, Siemens war,
Bei AGB. und Borjig,
Der kennt des Lebens Jammer nicht,
Der hat ihn erst noch vor sich.
Da biste rücht, da haste nisch,
Bis an Deu Lebensende,
Und wilst Du was, so gibt man Dir
Ne kleine Tiselspende,
Da sichte dann und schwichte dann
Bis Du die Grippe ludest,
So ist's bei Ambl, AGB.,
Bei Borjig, Siemens, Schudert.

Ihre Angestellten.

Kurzes Gedächtnis.

In den verschiedensten Orten des Reichs haben zurzeit an den Plakatsäulen deutsch-nationale Wahlplakate mit dem Bild des Zeppelins „Z. R. III“. Die Ueberschrift des Plakates lautet: „Dennoch!“ Unten befindet sich folgender Spruch: „Trotz Schandvertrags, trotz Schmach und Not, wir wählen dennoch Schwarzweißrot.“

Die Deutschnationalen müssen die Wähler für recht dumm halten. Sie mulen ihnen zu, das schmähvolle Verhalten der Deutschnationalen Parteipartei bei der Abstimmung über das Londoner Abkommen, das sie als „Schandvertrag“ bezeichnet haben, zu vergessen und einfach deswegen deutsch-national zu wählen, weil der Flug Dr. Ebenhens nach Amerika eine Ruhmestadt für Deutschland war. Die Deutschnationalen täten wirklich klüger daran, dem Thema „Zeppelin“ nicht zu reden. Ganz Deutschland erinnert sich doch noch sehr gut daran, daß es Wilhelm II. gewesen ist, der für den Großen Zeppelin nur Spott und Hohn übrig hatte. Seine Majestät hatte keinen Pfennig übrig für die Versuche des Großen Zeppelin und das Kabinett blieb taub gegenüber allen Bitten auf Unterstützung, während die kleinen Leute Vertrauen und Glauben hatten und manchen Spargroschen für den Aufbau der Zeppelinwerft zur Verfügung stellten.

Mit dem Zeppelin ist es nichts, Herr Herzog und Herr Tersch! Die Herrschaften müssen schon da einen anderen Dreh probieren, nachdem das auf den Fall Rathfuss aufgebauete Schwarzweißrote Wahlgeschäft Pleite gemacht hat.

Die Hochschulen und die Wahlen.

Die Stellung der Sozialdemokratie.

Die Schriftleitung der Berliner Hochschulnachrichten hat eine Rundfrage über die Stellung der Parteien zu den Interessen der Hochschulen veranstaltet. Genosse Prof. Cuno schreibt im Rahmen dieser Rundfrage über die Stellung der Sozialdemokratie:

Das Ergebnis der besorgenden Reichstags- und preussischen Landtagswahlen, besonders der letzteren, hat nicht nur für Professoren, Privatdozenten und Studierende in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger und höchstbeteiligte an wissenschaftlichen Leben der Gegenwart eine große, vielfach unterschätzte Bedeutung, sondern berührt auch im weitesten Maße ihre Stellung als jetzige oder künftige Beamte, als wissenschaftliche Arbeiter und Forscher, als Besoldete und als Kolleg- und Studiengelder Zahlende;

denk über den Etat der Hochschulen und der mit ihnen verbundenen wissenschaftlichen Institute, über Befoldungsfragen, Bezahlmittelaussparungen und sonstige staatliche Ausgaben für Hochschulzwecke entscheidet in letzter Instanz die parteipolitische Zusammenlegung des Landtages. Deshalb ist es Pflicht des akademischen Bürgers gegen sich selbst und seinen Beruf, ernstlich die Frage zu erwägen: „Wie wähle ich?“

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist bisher in der Erkenntnis, daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei sein müsse und die Ausgaben für die Ausgestaltung des Hochschulwesens werdende Kapitalanlagen darstellen, stets für den Ausbau der Hochschulen

Die Steigbügelhalter der Reaktion.



„Jawohl, meine Herren, wir Kommunisten sind die Steigbügelhalter der Reaktion!“

Reichstagsabgeordneter Schäfer (Komm.) in der Reichstagsordnenerversammlung in Berlin-Treptow, 1. Oktober 1924.

und zugleich für eine gründliche demokratische Reform der Hochschulverfassung eingetreten. Ferner hat sie sich wiederholt für eine bessere Befoldung der Professoren, für die Schaffung einer einheitlichen Professorenklasse und für die Gewährung eines festen Gehalts von 60 Proz. des Anfangseinkommens der Besoldungsgruppe 10 an alle jene Privatdozenten eingesetzt, die sich während einer kurz bemessenen Frist als Lehrer bewährt haben. Weiter hat die sozialdemokratische Fraktion energisch für die Erweiterung des Studentenrechts und die Herabsetzung der zu Beginn des Sommersemesters dieses Jahres eingeführten Aufnahme-, Studien- und Kolleggebühren gewirkt.

Die deutschen Hochschulen müssen — das ist das große Ziel — weit mehr noch als bisher zu Zentralen des deutschen Geisteslebens und Bildungstrebens, zu festgefühten Trägern der kulturellen Ideale unseres deutschen Volkes werden.“

Wie die Kommunisten lügen!

Unsere Kritik mit dieser Ueberschrift hat die „Rote Fahne“ endlich zum Sprechen gebracht. Wir wandten uns in der Kritik gegen eine unwahre Behauptung der „Roten Fahne“ und drückten eine Verechtigung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden an die „Rote Fahne“ ab, die diese nicht brachte. Die „Rote Fahne“ muß jetzt zugeben, daß die fragliche Delegation aus Chemnitz nicht von der Ortsgruppe des Zentralverbandes der Invaliden zum Reichstag delegiert war, sondern daß es sich um eine örtliche Organisation handelt. Das hätte die „Rote Fahne“ gleich billiger haben können, wenn sie dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden Raum für ihre durchaus objektive Verechtigung gegeben hätte.

Die „Rote Fahne“ glaubt dann aber, den Vorstandsmitgliedern des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden eins auszuweisen zu müssen. Gegenüber der „Roten Fahne“ stehen wir allerdings auf dem Standpunkt, daß der berufene Vertreter der Interessen der Arbeitsinvaliden der Zentralverband der Arbeitsinvaliden ist. Wir können heute, wie den Vorstehenden einer aus persönlichen, egoistischen Gründen gebildeten Splitterorganisationen, Herrn Jisch, nicht als einen Vertreter der Arbeitsinvaliden anerkennen. Nur eine einheitliche Sozialrentnerorganisation vermag die Interessen dieser Kreise wahrzunehmen.

Die „Rote Fahne“ läßt ihren Lesern vor, daß die Vorstehenden Karsten und Matthes in ihrem blöden Kommunistentoller so weit gingen, daß sie dem Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, Steiter, auf dem Verbandstage der Arbeitsinvaliden den Zutritt verweigerten. Zu dem fraglichen Verbandstage waren keine Fraktionsvertreter geladen. Steiter kam auf eigene Faust. Nachdem er erklärte, aus Interesse an den Verhandlungen des Verbandstages diesem gern beizuwohnen, beantragte Genosse Karsten die Zulassung Steiters. Das geschah auch. Wenn der Verbandstag allerdings gewußt hätte, daß Steiter nicht zur Information dem Verbandstage beizuwohnen, sondern die dort anwesenden kommunistischen Delegierten teilhamein wollte und eine kommunistische Zelle im Zentralverband der Arbeitsinvaliden zu schaffen beabsichtigte, dann wäre allerdings Steiter nicht auf dem Verbandstage zugelassen worden. Steiter hat die Verhandlungsteilnahme des Verbandstages in der größtmöglichen Weise angelogen.

Die „Rote Fahne“ erklärt dann weiter, daß der Zentralverband des Arbeitsinvalidenverbandes nicht ein einziges Mal den Versuch

gemacht habe, mit der kommunistischen Fraktion in Verbindung zu treten. Auch das ist unwahr. Der Vorstand des Zentralverbandes hat wiederholt sämtliche Parteien des Reichstages zu Besprechungen im Reichstage eingeladen, und die Kommunisten haben an solchen Besprechungen teilgenommen. Wenn die Kommunisten darüber hinaus besonderes Interesse an den Forderungen des Zentralverbandes gehabt hätten, so wäre es ihre Pflicht gewesen, zu einer Besprechung einzuladen, so wie es die sozialdemokratische Fraktion ständig getan hat. Den Kommunisten ist allerdings der Zentralverband der Arbeitsinvaliden unangenehm, weil dieser sich bemüht, sachliche Politik zu treiben und es ablehnt, die Agitationspolitik der Kommunisten sich zu eigen zu machen. Darum versuchen die Kommunisten nicht nur im Zentralverband der Arbeitsinvaliden kommunistische Zellen zu bauen, sondern auch durch den kommunistischen Internationalen Bund der Kriegsooper dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden die Mitgliedsbeiträge abzutreiben. Man kann es dem Zentralverband der Arbeitsinvaliden wirklich nicht verdenken, wenn er gegenüber diesen Machenschaften der Kommunisten sich zur Wehr setzt und es ablehnt, Vorparaden für die kommunistische Weltspolizei zu leisten.

Der völkische Leichnam.

Aus der Wahlbewegung.

Aus Senftenberg wird uns geschrieben: Auf Sonntagabend hatten die Völkischen die hiesige Bodenterrung zu einer großen Wählerversammlung einberufen. Wer nicht da war, war der Referent Merz. Es wurde mitgeteilt, daß er ausgerückt sei, als er die Versammlung von überwiegend Sozialdemokraten besucht sah. Der Genosse Krüger aus Gärzig, der zufällig anwesend war, forderte die Anwesenden, etwa 600—700 Personen, auf, im Saale zu bleiben, da die Sozialdemokraten nunmehr die Versammlung abholden wollten. Dies geschah auch. Ein Diskussionsredner machte uns auch mit dem für den Abend bestimmten völkischen Referenten Merz aus Berlin, einem früheren Offizier, bekannt, in dessen Versammlung vor einigen Tagen ein Diskussionsredner, weil er den Mut hatte, zu erklären, er sei Republikaner, von seinen Stohlsheimleuten, ohne daß Merz eingriff, überfallen und fürchterlich zugerichtet worden ist. So sieht der Heldentum dieser Leute aus. Wenn sie in der Ueberzucht sind, greifen sie ihren Gegner an, fetze und hinterlistig, und diese Sorte Leute will Deutschland regieren und wieder hoch bringen! Die Versammlung war ein voller Erfolg für die Sozialdemokratie.

Eine große öffentliche Volksversammlung der nationalsozialistischen Partei in Herford, in der der evangelische Pfarrer Steinert referierte, nahm mit überwältigender Mehrheit folgende Entschlieung an:

„Wir, die wir Männer und Frauen Herfords zu der von der nationalsozialistischen Partei einberufenen Volksversammlung am 25. November zusammengekommen sind, legen Verwahrung und Protest ein gegen die schamlose und vaterlandschädigende Hetze, wie sie von dem Redner der genannten Partei getrieben worden ist. Mit Entrüstung weisen wir jede Brechtigkeit des Hasses, der die Arbeit langer Jahre niederreißt zurück und wenden uns davon ab, der positiven Arbeit am Aufbau unseres neuen Vaterlandes zu, der deutschen Republik.“

Die Versammlung schloß nach der Diskussionsrede eines Republikaners mit einem Hoch auf die deutsche Republik und dem Deutschlandlied.

Kommunistische Verrücktheiten.

Der Landbund als Geldgeber des Reichsbanners!

Die Pariser kommunistische „Humanité“ veröffentlicht täglich Berichte aus Deutschland, die eine unerhörliche Quelle humoristischer Unterhaltung bilden. Wenn wir uns schon lange nicht mit diesem Produkt kommunistischer Journalfabrik befaßt haben, so deshalb, weil wir ja bereits genügend Raum den dummen Augusten der Berliner „Pravda“ — auch „Rote Fahne“ genannt — widmen müssen.

Kunstmäßig wollen wir als Kostprobe kommunistischer Volksaufklärung eine Stelle aus der Pariser „Pravda“ vom 26. November wiedergeben, die sich auf den deutschen Wahlkampf bezieht:

„Die Organisation für Klassenerrat, das Reichsbanner, soll überall große Kundgebungen am 5., 6. und 7. Dezember veranstalten, um auf die Massen Eindruck zu machen. Diese ganze Inszenierung wird natürlich unweigerlich viel Geld kosten, aber es scheint, daß die finanzielle Seite der Angelegenheit durch den Landbund besorgt worden ist.“

Es paßt ganz zu dieser Teilheit, wenn unmittelbar danach unter der Ueberschrift: „Ein großer kommunistischer Erfolg“ das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in Oidenburg registriert wird. Da heißt es, die Kommunisten hätten sechzehn Mandate erobert gegen 2 früher.

Bekanntlich haben die Kommunisten ihre zwei Mandate von 1920 behaupten können, gleichzeitig aber zwischen dem 4. Mai und dem 28. November 1924 über 50 Proz. ihrer Stimmen verloren (991 statt 2050), während die Sozialdemokraten in demselben Zeitraum ebenfalls 50 Proz. an Stimmen gewonnen haben (2678 statt 2455).

So werden die französischen kommunistischen Leser über Deutschland unterrichtet!

Aber die Leser der „Humanité“ können zu ihrem Troste versichert sein, daß die Bezirker der „Roten Fahne“ noch viel dreister über Frankreich betrogen werden.

Die Wahlvorschläge für Berlin.

Zur Prüfung und Festsetzung der Wahlvorschläge für die Reichstags- und Landtagswahl trafen am Donnerstagvormittag die Wahlausschüsse für den Reichstagswahlkreis sowie den Landtagswahlkreis 2 (Berlin) zusammen. Für die Reichstagswahl sind 20 Vorschläge eingegangen, von denen einer zurückgezogen ist. Zugelassen sind die Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschnationalen Partei, der Deutschen Zentrumspartei, die Liste der Kommunisten, der Vorschlag der Deutschen Volkspartei, der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung (vereinte völkische Liste), der Deutschen Demokratischen Partei, der Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes, der Deutschhannoverschen Partei, des Freiwirtschaftsbundes, des Häußer-Bundes, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Deutschsozialen Partei und Reichsbundes für Aufwertung, der Polnischen Volkspartei, der Ritterpartei Deutschlands, der Aufwertungs- und Wiederaufbau-Partei, der Deutschen Aufwertungs- und Aufbaupartei und der Partei für Volkswohlfahrt, Wiedereinkauf und Bodenrecht. Nicht zugelassen wurde der Wahlvorschlag des Stadt-Bundes (eine Splitterung des Häußer-Bundes).

Für die preussische Landtagswahl sind dieselben Vorschläge zugelassen. Die entsprechenden Verbindungsvereinigungen für die Reichstags- und Landtagswahl wurden zugelassen.

Genossinnen! „Die Wählerin“ ist morgen Sonnabend in den Verteilungsstellen. + Sorgt für richtige Verteilung!

Wirtschaft

Eine famose „Konsumentenorganisation“.

Ende August d. J. war in verschiedenen deutschen Tageszeitungen ein Inserat zu lesen, wonach ein Reichsverband deutscher Konsumenten E. B. gegründet worden ist, der, wie es in seinen Satzungen heißt, den Zusammenschluß deutscher Konsumenten und deren Schutz vor Überbereicherung sowie die Erzielung von Möglichkeiten für eine wesentliche Verbilligung des Lebensunterhaltes bezweckt. Das Bureau dieses Reichsverbandes befindet sich in Berlin NW. 7, Doroteenstraße 30. Kein Firmenbild oder sonst irgendein Hinweis geben an, wo sich in diesem Hause das Bureau befindet. Erst durch Nachfrage stellt man fest, daß sich der Reichsverband deutscher Konsumenten durch Personalunion mit der „Kropa“ U. G. in deren Räumen befindet. Weiter dieses Verbandes ist ein Herr Direktor Höhne, der sich früher in Amerika aufhalten hat. Von Amerika soll wohl auch der Gedanke einer Gründung solcher Organisation stammen. Das Letztere dürfte auch zutreffen; denn die Mitglieder des RvK. sind die großen amerikanischen Backfirmen Swift und Libby. Diese Firmen dürften mit ihren Waren auf dem amerikanischen Markt festliegen und versuchen nun ihre Bestände abzulehnen. Der Reichsverband deutscher Konsumenten E. B. ist also danach lediglich als ein Spekulationsunternehmen der amerikanischen Backfirmen Swift und Libby anzusehen. Durch Proklamierung eines Zusammenschlusses aller Konsumenten versuchen diese, ihre Geschäfte zu machen. Interessant ist auch die Satzung der RvK. Mitglieder werden keine rechtsfähige Person, Gesellschaft, Körperschaft und Vereinigung. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 2 Goldmark pro Vereinsjahr. Somit erhält der RvK. für die Tätigkeit zu Gunsten seiner Mitglieder keinerlei Entgelt. Interessant ist auch im § 4 folgenden Satzes:

„Der vorchristlich berufene Generalsversammlung oder Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder und der Verbandsdirektor anwesend sind. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Ueber jede Verklammerung ist ein Protokoll niederzuschreiben und vom Schriftführer und dem Vorsitzenden der Versammlung zu unterzeichnen.“

Schon daraus ergibt sich, daß es auf die Mitglieder nicht ankommt, daß diese eben nur Stoffe sind, so wie der ganze Reichsverband eben nur eine Maske darstellt, hinter der amerikanische Unternehmungen stecken. Weiterhin spricht auch folgender Satz im § 5 der Satzungen für sich:

„Der Vorstand des Verbandes besteht aus mindestens sechs Personen, die nicht Mitglieder des Verbandes sein müssen.“

Dies sind nur einige Blüten aus den Satzungen dieses famosen Reichsverbandes.

Was bietet nun der Reichsverband? Nach Ausfüllung der Beitrittserklärung und Leistung des Beitrages geht dem neuen Mitgliede ein Fragebogen zu, mit dem er seine Warenbestellung aufgibt. Auf Grund der eingekammelten Bestellungen werden von den kontraktlich verpflichteten Lieferanten (S. und B.) die Waren abgefordert und einer zentralen Pack- und Versandstelle zugeführt. Hier wird für jeden Empfänger seine Sendung zusammengestellt und per Nachnahme zugestellt. Die Richtigeilung einer Nachnahmeendung hat den fristlosen Ausschluß des betreffenden Mitgliedes zur Folge. Reklamationen minderwertiger Waren sind wohl aussichtslos. Die Warenlieferungen erfolgen monatlich nur einmal, um angeblich dadurch die jeweils geltenden billigsten Marktpreise erwirken zu können.

In einem Rundschreiben behauptet der RvK., daß das System der Konsumvereine, wie sie heute bestehen, längst veraltet und erschüttert ist, und daß die Richtigkeit dieser Behauptung dadurch bewiesen wird, daß der Zentralverband deutscher Konsum-

vereine gegen diese „Organisation“ der deutschen Verbraucherschaft sich wendet. Es wird darin weiter geschrieben:

Jeder Konsumverein, auch wenn er vorgibt, gemeinnützig zu sein, ist ein Handelsunternehmen, das zum Handel seiner Waren Geld benötigt und immer nur in kleinen Mengen Waren einkaufen kann, die er selten wegen der Geringfügigkeit der Mengen aus billigster Hand zu kaufen vermag.“

Was macht nun der Reichsverband? Einmal wälzt er die Unkosten, Fracht, Verfrachtung, Risiko usw. auf die Verbraucher ab, zum andern braucht er ja kein Kapital, da ihm die Amerikaner wohl die genügenden Warenkredite zur Verfügung stellen und demgemäß zwecks Verzinsung dieses Kredites auch die Preise entsprechend einstellen. Wenn der Reichsverband deutscher

Montag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, im gr. Saal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 3

Appell an die jungen Wähler

Referenten: Gen. Otto Bauer, Wien / Clara Bohm-Schuch

Ohne Karten kein Zutritt. Karten werden von den Organisationen und im Jugendsekretariat, Lindenstraße 3, ausgegeben.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin
Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlin
Sozialdemokratische Studentenvereinigung.

Konsumenten nur wenig Mitglieder zählt, so werden ihm wohl die Amerikaner wegen des geringen Warenumsatzes bald ihre wohlwollende Hand entziehen. Würde der RvK. eine starke Mitgliedschaft erzielen, so braucht er demgemäß auch einen größeren Organisationsapparat, der verleihernd wirkt, und für die Deckung der Unkosten eines solchen Apparates dürfte der Beitrag von 2 M. pro Mitglied für ein Jahr ganz entschieden nicht ausreichen. Daran hat man wohl auch gedacht indem man im § 3 der Satzungen sagt, daß eine Änderung der Beiträge durch den Vorstand vorgenommen werden kann.

Ein jeder ersichtende Konsument wird sich sagen, daß eine seit Jahrzehnten bestehende Verbraucherorganisation, wie es der Zentralverband deutscher Konsumvereine mit einer Mitgliederzahl von 3295919 ist, durch eine solche amerikanische Organisation nicht beeinflusst wird. Kein verständiger Verbraucher, kein Proletarier, wird sich diesem Reichsverband deutscher Konsumenten verschreiben, um damit den Bezug seiner Nahrungsmittel in die Hände amerikanischen Kapitals zu geben. Der deutsche Arbeiter wird nach wie vor in die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angegliederte Verbraucherorganisation eintreten. In Berlin ist es die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, die die Interessen der Verbraucher in jeder Hinsicht wahrnimmt.

„Mig“-Konzern (Mühlenbau und Industrie U. G. Frankfurt a. M.). Goldumstellung und Goldbilanz dieses in der Inflation aus fünf Rührkammerunternehmen in Braunschweig, Dresden, Berlin und Frankfurt gebildeten Konzerns sind von besonderem Interesse. Mit Ausnahme der 1921 erst gegründeten Hugo Greifenhaus U. G. Frankfurt waren die Konzernunternehmen schon in der Vorkriegszeit nicht nur durch ihre gemeinsamen Verbindungen mit der Darmstädter Nationalbank, sondern auch durch gegenseitige Vertretungen im Aufsichtsrat aneinander interessiert. Die Kriegs- und Inflationsperiode, die an sich volkswirtschaftlich für die Konzernunternehmen nicht günstig sein konnte, wurde aber privatwirtschaftlich für sie lukrativ, so daß die in Vorkriegszeiten häufig notleidenden Werke, außer einem recht günstigen Status, nicht unerhebliche Erhöhungen des Goldwerts erzielen konnten. Die Interessen dieser Werke zusammenzufassen, auszugleichen und auszudehnen, zugleich ihre

Finanzgeschäfte zu besorgen und die Werke wirtschaftspolitisch zu vertreten, erfolgte 1921 die Gründung des Mig-Konzerns, in dem die überwiegende Mehrheit der Aktien zusammengefaßt wurde. Für 1921, den Zeitpunkt der Konzerngründung, schätzte man nun den Goldwert der Konzernaktien auf 2 Millionen Mark. Die Goldbilanz zeigt die Konzernwerte und die Beteiligungen mit 5,27 und das eigene Kapital auf 5,5 Goldmillionen fest. Die Kapitalien der Unternehmungen selbst sollen nicht höher festgesetzt werden als in der Vorkriegszeit, nämlich mit circa 15 Millionen. Der erzielte Substanzgewinn der Werke geht also zugunsten des Konzerns, nicht der Einzelwerke. Für die Unternehmungen des Mig-Konzerns ist die äussere Zollpolitik von besonderer Bedeutung, weil die Verbreitung ihrer Geschäftsbasis von der Entwicklung des mitteleuropäischen Massenkonsums abhängig ist. Die Mig-Werke sind wesentlich von der Waffe, nicht von dem Wert des zu verarbeitenden Getreides abhängig. Ueber diese aber bestimmt in entscheidender Weise, ob die Zollfrage für oder gegen den Massenverbrauch entschieden wird.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Donnerstag, den 27. November.

1. Rennen. 1. Karneral (A. Wils), 2. Tell (Weidmüller), 3. Johannisseuer (H. Angl), 4. Zito: 26 : 10. Platz: 14, 15, 28 : 10. Ferner liefen: Schmal, Idealist II, Diana VII, Glücken II, Amazonia, Amorette, Cuntora.
2. Rennen. 1. Herkules (H. Schulz), 2. Venus (H. Ringold), 3. Lindcott jr. (Hartell). Zito: 35 : 10. Platz: 16, 35, 24 : 10. Ferner liefen: Kapellmeister, Kantus II, Dawson Watts, Winnie, Dichtung, Cologit, Primus.
3. Rennen. 1. Preitshen (H. Gierlon), 2. Margareth C. Donna (Hedert), 3. Prinzessin Stamah (Orube). Zito: 06 : 10. Platz: 26, 22, 24 : 10. Ferner liefen: Lorrero, Karabelis I, Paula Dingen, Kaitzheim I, Abdulkh Silber, Buerberg, Schwarzwaldbäcker, Mac Gregor I, Long Runden, Blumel, Dr. Peto jr., Balast, Bertl, Rainca, Katharina, Baum, Ruge I.
4. Rennen. 1. Prinz Adoll (H. Hedert), 2. Kalban IV (Helm. Schuler), 3. Johannes (Knaupp). Zito: 227 : 10. Platz: 31, 20, 24 : 10. Ferner liefen: Gallenmädel, Prinzess Bertha, Gawaia, Kwoorich II, Wlch II, Schill, Laska.
5. Rennen. 1. Mangaroth (H. Wils), 2. Höhenfenne (H. Demger), 3. Erdmann (H. Schmidt). Zito: 33 : 10. Platz: 18, 53, 29 : 10. Ferner liefen: Angriff, Lumpi, Peter Hartweller, Ostermagda, Erzeleung, Billy I, Teufelsbart.
6. Rennen. 1. Rennerweh (H. Wils), 2. Blaska (H. Demger), 3. Pantoori Huga (H. Ring). Zito: 23 : 10. Platz: 11, 12, 15 : 10. Ferner liefen: Qui vive, Gerbur, Marcel, Silberstut.
7. Rennen. 1. Stapslauf (H. Brandt), 2. Quabitz (H. Köhler), 3. Edinhard (H. Solol). Zito: 31 : 10. Platz: 15, 18, 27 : 10. Ferner liefen: Ventrifina, Jekried jr., Heiderose II, Schilp, Mac Gregor, Heiderpitz, Albertona, Zeitgeist, Ballak, Wina, Biederer, Daniel.
8. Rennen. 1. Colonel Dillon (Weidmüller), 2. Gitzug (H. Wils), 3. Ballander (H. Wils). Zito: 61 : 10. Platz: 21, 25, 14 : 10. Ferner liefen: Erdhajt, Cadlac Kwoorich, Elchen, Francisca, Arche, Harry II.

Geschäftliche Mitteilungen.

Im Laufe der Commerz-Panf. Wäckerle, 100-100, hat die seit 1897 im Ruhrgebiet bestehende Konfektionsfirma Silberpennia ihre neue Berliner Niederlassung eröffnet. Das im Westen Deutschlands führende Haus wendet sich an alle Bevölkerungskreise mit seinen erleichterten Zahlungsbedingungen und dürfte in der Lage sein dem Berliner Publikum in Bezug auf Auswahl und Preisverhältnissen etwas ganz Besonderes zu bieten. **Kalina.** Das Kästchen ist gelb. Berlin, das sich wochenlang den Kopf darüber gebrochen hat, was Kalina sein könnte, erfährt nun, daß Kalina eine neue Artzettel der bekannten Kalinafabrik Wäckerle U. G. in Offenbach ist. Kalina ist eine Zigarette von feinem Wohlgeschmack in einem vornehmer Verpackung, eine Zigarette, die den vornehmlichen Ansprüchen Genüge leistet. Der Preis der Kalina-Zigarette beträgt 4 Pf. **Die allbekannte Firma Stefan Gubers, Kaiser-Wilhelm-Str. 53, Ecke Spandauer Str. 35.** bietet sämtliche Bekleidung zu sehr vortheilhaften Einkäufen in Wintermode. Durch direkten Stoffeinkauf beim Webstuhler sowie durch Herstellung in eigenen Werkstätten wird der Zwischenhandel ausgeschaltet, und ist dadurch die Firma besonders preisverträglich. Ein Besuch des Hauses, womit sein Kaufmann verbunden ist, dürfte sehr lohnend sein.

Briefkasten der Redaktion.

N. 100. Schickt in den Rahmen der allgemeinen Aufwertung, über die bisher endgültige geschäftliche Beschlüsse noch nicht vorliegen.

Wähle Voxhaus!

Dann urteile!

Eine Qualitäts-Zigarette für zwei Pennige

Das schönste und praktischste Weihnachtsgeschenk!

Um auch der minderbemittelten Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich einen billigen, dabei guten Anzug oder Ulster kaufen zu können, bieten wir zu äußerst billigen Preisen an:

Serie I:
Herren-Anzüge
aus viel Stoffen und guten Zutaten.
Vorzüglicher Sitz.
Gesellenarbeit.
28⁵⁰

Serie II:
Herren-Anzüge
gute Stoffe, Form und Verarbeitung nach neuestem Schnitt.
Gesellenarbeit.
40⁰⁰

Serie III:
Herren-Ulster
mod. Verarbeitung, Hockentate mit Gurt, Raglan-schnitt. In vielen Stoffarten, Mustern und Farben.
Gesellenarbeit.
39⁵⁰

Mengenabgabe vorbehalten :: Anzahlung bei späterer Abholung gestattet



Kleider-Vertrieb G.m. Kommandantenstraße 80/81

Osten, Warschauer Str. 33, Lichtenberg, Frankfurter Allee 82, Neukölln, Berliner Str. 47-48, Eingang Boddinstr. Norden, Müllerstr. 181



Geschäftszeit 9-7 Uhr

Geschäftszeit 6-7 Uhr

Theater Lichtspiele
nhr.

Staats-Theater

Opernhaus
7 1/2 Uhr. Troubadour
Opernhaus
am Königplatz
7 1/2 Uhr. Bohème
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr. Peer Gynt
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr. Werz Magelanz

Gr. Volksoper

8 Uhr:
Fra Diavolo

Volksbühne

7 1/2 Uhr. Vasantasana

Deutsch. Theater

7 1/2 Uhr.
Othello

Kammerspiele

8 Uhr:
Die tote Tante
und andere
Begebenheiten

Die Komödie

Karlshofstr. 24/26
8 Uhr.
Almée

Theater u. Halbesee

7 Uhr. Premiere
Der Tokajer

Th. a. Nollendorfpl.

7.30. Die Geliebte
Sr. Hoheit
mit Fritz Massary

Komödienhaus

8 Uhr. Der Mann aus Rom

Berliner Theater

7.30 Uhr. Clootz

SCALA

8 Uhr. Variété

REVUE

Sonntag 3.0 zu
halben Preis, das
volle Programm!

Kosmopol-Theater

Heute geschlossen.
Tante des ganzen Tag
gestern 7.8. um 1. Mal:

Das weite Land

v. Arthur Schnitzler
Sonntag 4 Uhr:

Hänseln, Gretel

Deutsch. Künstlertheat.

Tägl. 8 Uhr: Zaza

Westsporttheater

Tägl. 8 Uhr:
Der Tanz um
die Liebe

Wallner-Theat.

Tägl. 8 Uhr:
David u. Goliath

Residenz-Th.

Heute 5 Uhr:

**Ganner-
liebchen**

Musik. Sc. Wank
von F. v. d. Milo
Musik v. Willi Rosin

Kleines Th.

Tägl. 8 Uhr:
Papa

Erika Glässer
Eugen Burg
Hilke Dergan
Rose, Schröder,
Schromm, Lettner
Sbd. 4 U. Schwanitz

Th. d. Gem.-Turnhalle

Weidenstr., Finkenstr. 23
Sonntag 7 1/2 Uhr

Der Strom

von Max Halbe
Preis: 80 Pf. b. 2 M.

**Theater am
Königsplatz**

Tägl. 8 Uhr u.
Frei nachm. 3 Uhr:
**Elle-
sänger**

Das halbe
November-
programm!
Vollständ.
Preise

Komische Oper

Direktion: James Klein
8 Uhr. Allabendlich 8 Uhr

Revue

„Das hat die Welt
noch nicht geseh'n“
Fern Andra u. Kurt Prenzel u. G.
Über 250 Mitwirkende
Preis: 2 Mk. bis 18 Mk.

Apollo-Theater

8 U. REVUE-POSSE 8 U.
Das lachende Berlin!

Über 150 Mitwirkende
Preis 2 bis 10 Mk.

Reichshafen-Theater

Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sängers

Abends halbe Pr. u. voll. Benefiz-
Donnerst. 4. 12. Benefiz-
Vorst. m. Weihnachtsprog.
Herrlich. Progr. 1.
Ant. 7 1/2. Populäre Preise

Symbol der Reinheit!

Wir haben unseren guten Grund gehabt, auf jedem
Paket den „Schwan“, das Symbol der Reinheit,
abzubilden, weil „Schwan im Blauband“ das
Reinste und Hygienischste auf diesem Gebiet darstellt.

Wenn Sie sich selbst davon über-
zeugen wollen, dass wir dieses
erreicht haben, so kaufen Sie ein
Paket der Feinkostmargarine
„Schwan im Blauband“. Sie
werden erstaunt sein über die
Fülle ihrer guten Eigenschaften.

Preis 50 Pf. das Halbpfund
in der bekannten Packung.



Schwan im Blauband

frisch
gekümt

Tranon-Th.

Täglich 8 Uhr:
Der große
Lustspiel „G
Solott“

Gr. Kinder-Vorst.

im Tranon-Theat.
Sbd. 4 U. P. u. 80 Pf.
Aschenbrödel

Central-Theater

U. G. Wissenswürm

Deuts. Opernhaus

U. Der Freischütz

Metropol-Theater

Tägl. 7 1/2 Uhr:
Gräfin Mariza

Neues Th. am Zoo

Täglich 8 Uhr:
**Die Frau
ohne Schleier**

Th. I. Kommand. Str.

8. Neues Schlager
von Hugo Hirsch
**Wenn man
verliebt ist...**

Rose-Theater

Dir. B. Rose
7 1/2 Uhr:
Glaube u. Heimat

Casino-Theater

Gitarre u. Or. 17 Tgl. 3 Uhr
Neu!
Satan Weib!

Wimmelgarten

Variété-Revue
Sonntags
7 1/2 Uhr halbe Pr.
Einsam gestirbt!

Parzellen

in Notzenmühle vo
100 — an. K. h. hier
Berlin, Arndtstr. 44.

Strickwolle in allen Preislagen!

Jumper- u. Sportwolle

pro Pfund nur M. 6.50

Verkauft an jedermann, auch in kleinsten Mengen
Qualitätswohle in größter Farbauswahl
Feiner: Acemmer-, Strahlen-, Ficht-, Woll-
Bettwolle von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends durchgehend

Wollvertrieb Bahnhof Börse

im Hause von Café Dobrin
An der Spandauer Brück 7
Auf Adresse achten!

Genau so bekömmlich
wie Hefe-Kuchen ist ein Backpulver-
Kuchen, wenn Sie das im Geschmack
und Geruch vollkommen neutrale
Mondamin-Backpulver verwenden.
Mondamin färbt den Kuchen nicht,
sondern läßt ihm seine ureigenste
Farbe und seinen ureigensten
Geschmack. Ein Versagen ist bei
Mondamin-Backpulver unmöglich,
es hat eine ausgezeichnete und stets
gleichbleibende Qualität, wie alle
Mondamin-Fabrikate. Ihr Kauf-
mann nebenan kann es Ihnen abgeben.

Hausfrauen!

Kennt Ihr

Schaumfee?

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Achtung! **Verwaltungsmittglieder!**

Heute, Freitag, den 28. November,
findet eine Sitzung der mittleren Orts-
verwaltung nicht statt.

Liquidationen können bis abends 7 Uhr in
Empfang genommen werden.
Die Ortsverwaltung.

Besonders wirksam sind die KLEINEN
ANZEIGEN in der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

Strauerpensionen
oder Wer
LIEBE DEUTSCHLAND
Paul Golletz,
vormals Robert Meyer
Mariannenstr. 3
10001 Berlin



Stefan Esders

(vormals Weilmann)

Berlin C 2

Kaiser-Wilhelm-Straße 55
Ecke Spandauer Straße 35



aus La Vellour de laine
mit Elberfelderlagen

49-

Damen-Mäntel aus bestem Flanell, Tuch und Velour de laine 14.50

115-100-95-85-75-65-55-45-35-29.50 21.50 19.50

Damen-Mäntel aus Antraehan-Stoffen 95- 75-

Damen-Mäntel aus Krimmerstoff auf Damast-Futter 125- 110-

Damen-Mäntel aus Seal-Pitch auf Damast-Futter . . . 175-

Damen-Kostüme aus vorzüglichsten Fantasiestoffen, Cha-
viots und Ghabardine

140- 125- 105- 95- 85- 75- 65- 55- 48- 40- 35- 29-

Damen-Kostüme aus La Vellour de laine . . . 175- 150- 125-

Damen-Kostüme mit Pelz 190- 175- 165- 150-

Kleider + Blusen + Kinder-Konfektion

Eig. Anfertigung, daher größte Leistungsfähigkeit bei niedrigsten Preisen

Garderobe

In guten Qualitäten

Teilzahlung

**Herren-
Anzüge / Paletots**
Cutaways / gestr. Hosen

**Damen-
Mäntel / Kleider**
Kostüme / Jacken

Ersatz für Massarbeit
Herren- und Damen-Pelze

Mein seit 25 Jahren durchgeführtes Prinzip
ist, den Kunden stets wirklich gediegene
und billige Ware zu günstigsten Zahlungs-
bedingungen zu liefern. — Gekaufte
Garderobe wird sofort mitgegeben.

BEISER

Lothringer Strasse 67

Sonder-Angebot!!

Sie können sofort von mir erhalten — frei Porto
und Verpackung. — 1 Postpaket enthält:

12 Stück **1a Scheuertücher**, ca. 50/65 cm

6 Stück **1a Handtücher**, ca. 42/100 cm

6 Stück **1a Wischtücher**, ca. 55/55 cm

6 Stück **gelbe Fenstertücher**, ca. 35/35 cm

für Reichsmark 4.— (Vier Rm.)

Fordern Sie sofort Bestellschein und Bedingungen
gegen Einsendung von 25 Pf.

Verwand-Geschäft **Elsa Martin**, Eppendorf I. Sa.

S. Schlesinger

Gegründet 1864

Neue Königstr. 21 II. Etg.

Einzel-Verkauf
von

Pelzwaren

aller Art nach
beendeter
Engros-Saison
zu billigen
Preisen;
zum Beispiel

1a Ziegenkragen
mit Seide gefüttert v. M. 2.
an bi. zum feinsten Genre
Einzelne Pelze zu Besitz.
von Jacken und Mäntel
Reparaturen schnell u. bill.

Bitte genau auf Firma und
Hausnummer 21 zu achten!

Speisezimmer

Gelegenheits-Angebot!

Echt Eiche

komplett mit Tisch
und 6 Stühlen von

M. 375 an.

NEUGEBAUER

Charlottenburg

Wilmersdorfer Straße 125, I

Ecke Schillerstr., Eing. Schillerstr.

Klein Laden

ca. 200 St. Ickwesten

Jacken, Rodelgarnt., Jumper, Schals,
Mützen etc. in neuest. Mustern und
richtiger Ausföhr. zum Einzel-erkauf
stünd am Lage v. 8.50 bis 10.50 M.

Bicycles Kinderkleidung
zu Originalpreisen. Bitte kommen Sie
vertrauensvoll zu uns; Sie finden das
Richtige. **Bruno Richter & Co.,**
Fabriklager Thür. Wollwaren, Berlin-
Pankow, Mühlentstr. 1, Ecke Breite Str.
Geschäftszeit 9-7

Federbandwagen, Bitterwagen, Roll-
stühle, Einzelteile, Hobelz., Drechsel-
Kunst 24.

Die höchste Zeit

ist es, Ihre Winterkleidung zu
beschaffen!

Wir geben Ihnen Gelegenheit, mit wenig Geld
auf Teilzahlung

Ihren Anzug u. Wintermantel

bei uns zu kaufen.

Reichliche Auswahl! Jede Preislage!

Niedrige Kassenpreise!

Bequeme Ratenzahlung!

Wir führen:

Anzüge solide Verarbeitung } von Mk. 28.00
g. ter Stoff } an

Ulster u. Paletots haltbarer Stoff und gute } von Mk. 48.00
Verarbeitung. } an

Berufskleidung, Wäsche, Hosen usw.

Ein Versuch macht Sie zum dauernden Kunden!

Textilstelle

der Zentralkasse des Reichsverbandes der Arbeits-
genossenschaften e. G. m. b. H.

1. Chausseestraße 76 (Nähe Bahnhof Wedding)

2. Schönhauser Allee 47 (Hochbhf. Danziger Str.)

3. Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 230-231 (nahe Hermannpl.)

4. Litauer Straße 15 (Ecke Romintener Straße)

